

Was bringt 2024 für die Unternehmen im Bundesland Bremen? Die Vorzeichen könnten wahrhaftig besser sein und der Ballast der jüngsten Vergangenheit seit Ausbruch der Corona-Pandemie fordert auch 2024 noch seinen Tribut. Doch könnten in den kommenden zwölf Monaten auch entscheidende Weichen für mitunter die nächsten Jahrzehnte des Erfolgs im Zeichen einer neuen grünen Prosperität gestellt werden. Wird Bremen wagen und gewinnen?

2023, auch aus Bremer Sicht das Jahr danach. Zwölf Monate, die aus vielerlei Sicht in Anspielung an Francis Fukuyamas berühmtes Zitat vom Ende der Geschichte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den Anfang einer neuen darstellten: 2020 bis 2021 vielgestaltige wirtschaftliche Unruhen

NEUSTART in die Ungewissheit

BLICK VORAUSS
UND ZURÜCK:
2023/2024



Cornelius Neumann-Redlin

durch die Corona-Pandemie, 2022 erstickte Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg die aufkeimende Erholung, da dieser den Energiepreisen und damit den noch angeschlagenen Märkten einen weiteren bis heute nachhallenden Schlag versetzte. Und als ob das alles nicht schon genug wäre, zerbarst die labile Lage im Nahen Osten in einen Konflikt mit bisher bereits Zehntausenden Toten. Und dann ist da noch der Haushalts-Scherbenhaufen, vor dem derzeit die Ampel-Regierung in Berlin und auch der Bremer Senat stehen. In Deutsch-

lands kleinstem Bundesland wurde zur Beseitigung noch vor Jahresende ein zweiter Nachtragshaushalt beschlossen. Längst nicht alles davon hat gleichsam sicht- wie spürbare Folgen für die bremische Wirtschaft. Doch was auch immer 2023 hätte sein können: Sicherheit, Verlässlichkeit und Planbarkeit für die nähere und mittlere Zukunft hat es der Führungsriege der Unternehmen im Bundesland sicher nicht gebracht. Und auf die Frage, wann wieder irgendeine anhand der „Vor-Corona-Zeit“ festgemachte Normalität einkehrt, kann

es viele Antworten geben, doch eine auf keinen Fall: 2024.

CHANGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Das kommende Jahr wird für Bremen, Deutschland und Europa eine Zeit voller weitreichender Herausforderungen, die zudem unter ungewissen Vorzeichen steht. Die in Politik und Wirtschaft gesetzten Erwartungen sind derweil groß: Bildung und Infrastruktur müssen zwingend überholt, die Digitalisierung auf den Weg gebracht und

der Fachkräftemangel in den Griff gekriegt werden. Ferner schwelt unter allem schier unsichtbar, aber bedrohlich köchelnd die Frage nach der Energieversorgung der Zukunft. Die Energiewende wurde in den vergangenen Jahren dringlicher und zugleich schwieriger. Bremen könnte hier ein zentraler Akteur in Nordwestdeutschland sein, um seine Kernbranchen auf Dauer gesichert mit grüner Energie zu versorgen. Sorgen bereitet diese Frage auf alle Fälle: In der Herbstumfrage des DIHK sehen 61 Prozent der befragten Unternehmen die Energie- und Rohstoffpreise als größtes Einzelrisiko für ihr Geschäft. Bei den Industrieunternehmen liegt der Anteil sogar bei 71 Prozent.

STIMMUNG IM KELLER

Generell könnte die Stimmung besser sein: So bezeichnet etwa in der Herbst-Konjunkturumfrage des Arbeitgeberverbandes Nordmetall über die Hälfte der befragten Betriebe der Metall- und Elektroindustrie im Land Bremen ihre gegenwärtige Geschäftslage als schlecht oder unbefriedigend. Kein einziges der hier befragten Unternehmen erwartet im ersten Halbjahr 2024 eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, fast ein Drittel der befragten Betriebe will die Zahl ihrer Mitarbeiter in den kommenden drei Monaten verringern. Über all diese per Schlaglicht angelegten Themen und noch weitere sprachen wir für unser großes Wirtschaftsausblicks-Interview mit dem Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen Cornelius Neumann-Redlin.

Seite 12/13

Gesetzesänderungen 2024



Wie jedes Jahr gibt es auch 2024 wieder zahlreiche gesetzliche Änderungen, die das unternehmerische Geschehen beeinflussen könnten und daher im Auge behalten werden sollten.

Seite 8

#PraxenKollaps



Mit einem Aktionstag hat die KVBH auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass eine flächendeckende medizinische Versorgung in Bremen eventuell bald nicht mehr möglich sein wird.

Seite 19

Gastronomen bangen



Ab dem 1. Januar wurde die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie auf reguläre 19 Prozent angehoben. Auch bremische Gastronomen bezeichnen diesen Schritt als ein Desaster.

Seite 22/23

FLORIAN WELLMANN IMMOBILIEN GMBH

Ihr Immobilienpartner in Norddeutschland für
Wohn-, Gewerbe- und Anlageobjekte

- Überzeugende Exposés
- Professionelle Vermarktung
- Stressfreie Verkaufsabwicklung



0421
337 069-0





J.B. NIELSEN

KOPENHAGEN

KLEIDUNG NACH MASS · CORPORATE CLOTHING · DRESS CODE COACHING

Die professionelle Betreuung, die mit der J.B. NIELSEN Linie verbunden ist, erhalten Sie 7 Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag. Dies wird jeweils im Showroom in Oldenburg durch den angebotenen deutschlandweiten Home- und Office-Service nach Terminvereinbarung gewährleistet.

Öffnungszeiten: Montag bis Sonntag, 24h-Service nach telefonischer Vereinbarung unter 0171 7505094 oder 0441 2198101

J.B. NIELSEN · Hauptstraße 11 · 26122 Oldenburg - Germany
Tel. +49 441 / 219 81 01 · Fax +49 441 / 219 81 02 · www.j-b-nielsen.com · info@j-b-nielsen.com

Liebe Leserin, lieber Leser,



Carsten Borgmeier

erneut liegt ein bewegtes Jahr hinter Bremen. Was genau das neue Jahr bereithalten wird, bleibt abzuwarten. Dennoch wagt Cornelius Neumann-Redlin, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen, im Interview mit Weser-Wirtschaft einen Blick nach vorne. Welche Herausforderungen vor uns liegen, welche Chancen ergriffen werden sollten und wie er das hinter uns liegende Jahr wahrgenommen hat, schildert Neumann-Redlin in unserer Titelgeschichte auf den Seiten 12 und 13.

Noch bevor sich das Jahr dem Ende neigte, versammelten sich rund 700 Ärzte, Psychotherapeuten und medizinische Fachangestellte im Dezember in der Geschäftsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, um ihrem Unmut und ihren Ängsten Ausdruck zu verleihen. Unter dem Hashtag #Praxen-Kollaps hatte die Vereinigung mit den Vorsitzenden der Fachgesellschaften im Land Bremen zu einem Aktionstag aufgerufen. Hintergrund ist die Befürchtung, dass Aufgrund von Unterfinanzierung der Praxen die flächendeckende ambulante gesundheitliche Versorgung in der Freien Hansestadt kippen könnte (mehr auf S. 19).

Alles andere als rosig sieht es derzeit auch in der Gastronomie aus. Nach gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten bereitet die Nachricht, dass ab dem 1. Januar des neuen Jahres nun auch noch die Mehrwertsteuer für Speisen und Getränke in der Gastronomie wieder angehoben wird, Sorge. So wurde der während der Corona-Pandemie auf 7 Prozent reduzierte Satz zu Beginn des neuen Jahres wieder auf 19 Prozent angehoben. Während die Bundesregierung von einer Rückkehr zur Normalität spricht, schlagen die Gastronomen, auch in Bremen, Alarm (S. 22/23). Doch handelt es sich bei Mehrwertsteuer-Anhebungen in den Gastronomien bei Weitem nicht um die einzige Änderung, die 2024 bevorsteht. Weitere gesetzliche Neuerungen, die für die Wirtschaft von Bedeutung sein könnten, haben wir auf den Seiten 8 und 9 zusammengetragen.

Viel Spaß beim Lesen und ein erfolgreiches neues Jahr,

Carsten Borgmeier
Herausgeber

FORTSCHREIBUNG DER DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

„UMSETZUNG ist schwieriger geworden“

Auf der vom Bundeskanzleramt unter dem Motto „Zukunft gestalten – Transformation, gemeinsam, jetzt!“ ausgetragenen Dialogkonferenz über die Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) diskutierte Bürgermeister Bovenschulte am 7. Dezember mit Sarah Ryglewski, Staatsministerin beim Bundeskanzler, und Jutta Günther, Rektorin der Uni Bremen, in einer Podiumsrunde über die Rolle der Länder und Kommunen.

„Die 17 definierten Nachhaltigkeitsziele sind wichtig und es ist gut, dass wir sie gemeinsam mit einer breiten Bevölkerung weiterentwickeln. Gleichzeitig ist die Umsetzung schwieriger geworden“, so Bürgermeister Bovenschulte. Nicht alle politischen Kräfte hätten aktuell ein Interesse daran, beispielsweise Armut in Deutschland zu bekämpfen. „Die Debatten sind hart. Wir müssen viel schärfer in die Diskussion gehen, um unsere Nachhaltigkeitsziele noch zu erreichen“, betonte Bovenschulte. Aus Sicht der Kommunen, und in Bremens Fall auch des Landes, sei es wichtig, dass der Bund bedenkt, dass auf der lokalen Ebene

konkrete Nachhaltigkeit erreicht werde. Bremens Bürgermeister weiter: „Mit den richtigen Rahmenbedingungen ausgestattet, ist es auf lokaler Ebene einfacher, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und zum Beispiel den Klimawandel zu bekämpfen. Daher begrüßen

wir die konsequente Beförderung der erneuerbaren Energien durch die Bundesregierung. Wir brauchen stabile politische Rahmenbedingungen und Vorgaben aus der Bundesebene, um nachhaltige Lösungen vor Ort umsetzen zu können.“



Andreas Bovenschulte (v. l.), Sarah Ryglewski und Jutta Günther während der Dialogkonferenz zur Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

IMPRESSUM



Borgmeier Media Gruppe GmbH
Lange Straße 112, 27749 Delmenhorst
Tel.: 04221-93450, Fax: 04221-17789
info@borgmeier.de, www.borgmeier.de

Herausgeber und Chefredakteur
Carsten Borgmeier (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Steffen Peschges (Redaktionsdirektor),
Pia Plagens, Lena Häfermann, Jörn Petersen,
Gerald Weßel, Christina Wickboldt

Lektorat
Jan Zumholz (Textchef),
Marlon Giefer, Jette Frantz

Anzeigenverkauf
Michael Labiner

Layout
Michaela Schnöink (Art-Direktorin),
Timo Muschkat

Druck
Druckhaus Delmenhorst GmbH
Sulinger Straße 66, 27751 Delmenhorst

Druckauflage
25.000 Exemplare

Einzelbezugspreis: 2,80 Euro
Jahresabo: 35,- Euro

Bildquellen: Senatsressorts; energiekonsens / Antje Schimanke; Mercedes-Benz-Werk Bremen; Nehlsen AG; Europaministerkonferenz in Brüssel / Simon Blackley; Die Familienunternehmer Bremen; Unternehmensverbände im Lande Bremen; Airport Bremen; Klimakarl; Bildarchiv DRV Bund / Nürnberger; Creditreform; Jörn Petersen; WFB / Jonas Ginter; ASV

BREMEN WEITET CITY TAX WIEDER AUF GESCHÄFTSREISENDE AUS

„WICHTIGER PFEILER“

Bremen will die Tourismusabgabe bei Übernachtungen von Geschäftsreisenden wieder einführen. Ebenso wie Privatleute müssen Geschäftsreisende künftig fünf Prozent des Übernachtungspreises als City Tax bezahlen. Die Regelung soll ab 1. April 2024 greifen, damit Hotelbetriebe genügend Vorlaufzeit für die Umstellung haben.

„Die City Tax ist auch für die Finanzierung des Tourismusangebots in Bremen und Bremerhaven ein wichtiger Pfeiler. Mit

der Gesetzesnovelle festigen wir das Fundament für die vielseitigen Angebote und machen beide Städte des Landes zu attraktiven Anziehungspunkten für Gäste“, erläutert Finanzsenator Björn Fecker. Von den Einnahmen würden insbesondere Hotels und Pensionen, aber auch der Gesamthaushalt profitieren. Nachdem die Tourismusabgabe für Geschäftsreisende 2012 zunächst vom Bundesverwaltungsgericht für unzulässig erklärt worden war, hatte das höherrangige Bundesverfassungsgericht mit

seiner Entscheidung aus dem Jahr 2022 den Weg wieder freigemacht. Die Einnahmen aus der City Tax beliefen sich im Land Bremen zuletzt auf rund drei Millionen Euro. Weil beruflich bedingte Übernachtungen rund die Hälfte aller Übernachtungen ausmachen, sei künftig mit einer Verdoppelung der Einnahmen aus der Tourismusabgabe zu rechnen. Die City Tax ist nicht zweckgebunden. Sie darf jedoch auch gezielt für Tourismuszwecke in Bremen und Bremerhaven eingesetzt werden.

LOTSENDIENST INKLUSIVE

Sie leiten ein Unternehmen und wollen die Chance nutzen, die ein inklusives Beschäftigungsverhältnis bieten kann?

Wir begleiten Sie bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit (Schwer-)Behinderung!

Alles inklusive Unser Service ist flexibel, vertraulich und kostenfrei. Finanziert aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Wir beraten Sie gern telefonisch oder vor Ort. Melden Sie sich einfach bei uns!



Einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber
im Unternehmensservice Bremen
Telefon (0421) 41 65 00-80
eaa@ifd-bremen.de
www.ifd-bremen.de

Das EAA-Beratungsteam in Bremen:
Katharina Lammers und Michael Rockstein

4. SOLARWERKSTATT BREMERHAVEN IM TIMEPORT 2

POTENZIAL DER SONNE NUTZEN

Welche Möglichkeiten es gibt, Solarenergie wirksam zu nutzen, wurde während der 4. Solarwerkstatt Bremerhaven am 4. Dezember im Timeport 2 verdeutlicht. Die teilnehmenden Akteure – darunter etliche Solarhandwerksbetriebe – wurden über den aktuellen Stand der Solarinitiative in der Seestadt informiert und nutzten die Gelegenheit, sich zu aktuellen Photovoltaik-Projekten auszutauschen.

Zur 4. Bremerhavener Solarwerkstatt hatte die gemeinnützige Klimaschutzagentur Energiekonsens gemeinsam mit der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH eingeladen. Christoph Felten, Projektleiter der Solarkampagne #machWatt bei Energiekonsens, gab einen Überblick über die kostenlosen Angebote für Privatpersonen, Firmen und gemeinnützige Einrichtungen in Bremerhaven, sich zur Nutzung von Sonnenstrom beraten und auf dem Weg dahin begleiten zu lassen. „Für einen Einstieg ins Thema können private Haushalte eine Solarberatung und Unternehmen sowie Institutionen die energie:visite solar wahrnehmen. Zudem gibt es etliche Info-Veranstaltungen und Seminare, ein Solarkataster zur ersten Einschätzung des Solarpotenzials des Gebäudes sowie Handwerkerlisten im Internet unter solar-in-bremerhaven.de“, führte er aus. Als Ansprechpartner für Bremerhavener Betriebe stellte sich Solarlotse Horst Zöller vor. Er unterstützt bei der Koordination von Photovoltaik-Vorhaben von der Planung bis hin zur Anmeldung

einer Anlage beim Netzbetreiber. Seine Erfahrung: „Die unabhängige Beratung stößt auf positive Resonanz und setzt einige Akzente. Viele Unternehmen haben sich beispielsweise noch nicht mit Fassaden-PV beschäftigt, obwohl diese Technik eine interessante Lösung für sie darstellen könnte.“ Einen Zwischenstand zur Förderrichtlinie Solar in Bremerhaven gab Heidi Helbig von der BIS. 430 Anträge, die von Privatpersonen zur Förderung der Investition in eine PV-Anlage oder in einen Speicher eingereicht wurden, sind nunmehr eingegangen und zu 85 Prozent bewilligt. Es seien auch schon erste Projekte abgeschlossen und abgerechnet worden, so Helbig. Was wichtig zu wissen und mit zu berücksichtigen sei, hob Annette Schimmel hervor: „Wer Fördermittel für die Anschaffung einer PV-Anlage erhalten möchte, muss auf die Einspeisevergütung für Sonnenstrom verzichten. Das lohnt sich dann, wenn man viel der eigenproduzierten Energie selbst verbraucht“, betonte die Projektleiterin Green Economy bei der BIS. Eine Förderung des Speichers erfolgt auch dann, wenn die Einspei-

severgütung in Anspruch genommen wird. Bereits in die Umsetzung verschiedener Solar-Aktivitäten begab sich das Klimabündnis Fischereihafen. In diesem haben sich viele der dort ansässigen Firmen verschiedener Größen und Branchen zusammengeschlossen, um gemeinsam Möglichkeiten zu finden, ihren Energieverbrauch zu senken. Dafür wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet. Ingo Baumann vom Mitgliedsunternehmen Frosta AG berichtete, was die AG Solar und Wind bereits erreichen konnte: Am Standort würde eine Potenzialermittlung zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien speziell mit einer Analyse zum Ausbau von Photovoltaik auf Dächern und Freiflächen durchgeführt. Das Ergebnis ist bereits kartografisch aufgearbeitet und ein eigenes Solarkataster erstellt. „Wenn alle ermittelten Potenziale ausgeschöpft werden, lässt sich nach ersten Einschätzungen ein erheblicher Teil unseres Bedarfs durch Wind- und Sonnenkraft abdecken“, erläuterte der Wirtschaftsingenieur. Um das zu erreichen, könnten Partnerbetriebe vor Ort auf unterschiedliche Art und Weise zusammenarbeiten und sich vernetzen. Wie es im Fischereihafen weitergeht, wird auch bei der 5. Solarwerkstatt Bremerhaven Thema sein. Der Termin und weitere Informationen werden rechtzeitig 2024 auf solar-in-bremerhaven.de bekannt gegeben.

BREMEN RECHNET MIT KOSTEN VON INSGESAMT 298 MILLIONEN EURO

„Tarifabschluss ist vernünftiger Kompromiss“



Für die Beamten des Landes, wie etwa bei der Polizei, muss der Abschluss noch per Gesetz übertragen werden.

Wie das Finanzressort im vergangenen Dezember bekannt gab, wird der Tarifabschluss für die Beschäftigten des Landes Bremen im Jahr 2024 Kosten in Höhe von rund 110 Millionen Euro verursachen. Für 2025 rechnet das Finanzressort mit 188 Millionen Euro.

Profitieren werden davon rund 30.000 Beschäftigte und knapp 16.000 Versorgungsempfänger. Der Abschluss gilt für alle Tarif-Beschäftigten des Landes, also Angestellte sowie Beamte etwa bei der Polizei, der Universität oder auch den Steuerbehörden. Das Finanzressort hat eigenen Aussagen zufolge für den absehbar hohen Tarifabschluss Vorsorge getroffen. Für die Beamten muss der Abschluss noch per Gesetz übertragen werden. Der Senator für Finanzen erarbeitet derzeit einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Finanzsenator Björn Fecker: „Dieser Tarifabschluss ist nach schwierigen Verhandlungen ein vernünftiger Kompromiss. Die Haushaltslage ist extrem angespannt. Mit Blick darauf ist das ein herausforderndes, aber gerade noch tragfähiges Ergebnis. Zugleich sind auch die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nachvoll-

ziehbar. Schließlich müssen sie ebenso wie andere gestiegene Lebenshaltungskosten verkraften. Bremen muss als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Dazu gehören neben sicheren auch angemessen bezahlte Arbeitsplätze.“

Der Tarifabschluss sieht unter anderem vor, dass die Tabellenentgelte zum 1. November 2024 um 200 Euro angehoben werden, zum 1. Februar 2025 soll dann eine weitere Anhebung um 5,5 Prozent erfolgen. Zudem erhalten die Tarif-Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von insgesamt 3.000 Euro. Diese wird in mehreren Raten gezahlt – zu Beginn einmalig 1.800 Euro, danach in zehn Monatsraten bis einschließlich Oktober jeweils 120 Euro. Auszubildende sowie Praktikanten erhalten einen Inflationsausgleich von 1.000 Euro. Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich zum 1. November 2024 um 100 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 50 Euro. Für bestimmte Entgeltgruppen der Sozial- und Erziehungsdienste sind in den Stadtstaaten Zulagen zwischen 130 und 180 Euro vorgesehen. Studentische Hilfskräfte erhalten ab dem Sommersemester 2024 ein Stundenentgelt in Höhe von 13,25 Euro.



#machWatt-Projektleiter Christoph Felten begrüßte die Teilnehmenden der 4. Bremerhavener Solarwerkstatt.

LAND BREMEN BELEGT SPITZENPLATZ BEIM ZUWACHS AN STUDIERENDEN

Standortattraktivität ist ausschlaggebend

Wie aus einem vorläufigen und Mitte Dezember vorgestellten Bericht des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, zählen Bremens staatliche und private Hochschulen im laufenden Wintersemester rund 38.000 Studierende. Damit kann das Land Bremen ein Plus von 1,5 Prozent bei der Anzahl der Studierenden im Vergleich zum Vorjahr vorweisen. Im Bundesländervergleich kann nur Thüringen einen höheren Zuwachs vermelden.

„Dass offenbar mehr Menschen in Bremen und Bremerhaven studieren, ist eine gute Nachricht. Das zeigt, die Hochschulen und die Universität in unserem Stadtstaat

machen den Studieninteressierten attraktive Angebote. Diesen Weg müssen wir gemeinsam mit den Hochschulen konsequent weitergehen“, sagte Kathrin Moosdorf, Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, zur Steigerung. 11 Bundesländer müssen laut Statistischem Bundesamt hingegen mit einem zum Teil deutlichen Rückgang bei den Studierendenzahlen leben. Ursächlich hierfür sei im Wesentlichen der demografische Wandel. So würden aktuell weniger junge Menschen die Schule mit einer Hochschulreife beenden. Folglich steige der Wettbewerb zwischen den Hochschulen. „Mehr Studierende bedeutet



Im laufenden Wintersemester konnten die bremischen Hochschulen ein Plus von 1,5 Prozent an Studierenden verzeichnen.

auch, dass der Bund mehr Geld für die Hochschulen nach Bremen gibt und wir die Qualität der Lehre weiter stärken können. Damit bleiben die bremischen Hochschulen attraktiv für motivierte junge Menschen, die ihr Studium auch künftig in Bremen und Bremerhaven aufnehmen werden“, so die Senatorin weiter. Insgesamt stehen 2024 aus dem Bund-Länder-Vertrag gut 28 Millionen Euro an Bundesmitteln für Bremens Hochschulen bereit. Das sind gut 400.000 Euro mehr als prognostiziert. Das Land stellt zusätzlich zur Grundfinanzierung der Hochschulen Finanzmittel in derselben Höhe bereit.



THE NEW i5



Unsere
Leasingangebote



IN IHRER NÄHE:
📍 Achim | Verden | Delmenhorst | Syke

CLOPPENBURG

18x BUNDESWEIT

www.cloppenburg-gruppe.de

📘 /bmw.cloppenburg

📷 /bmw.cloppenburg

BMW i5 eDrive40 Limousine: Stromverbrauch kombiniert in kWh/100 km: - (NEFZ) / 16,3 (WLTP); Elektrische Reichweite (WLTP) in km: 571 / Spitzenleistung: 250 kW (340 PS)

Offizielle Angaben zu Stromverbrauch und elektrischer Reichweite nach dem vorgeschriebenen Messverfahren ermittelt und entsprechen der VO (EU) 715/2007 in der jeweils geltenden Fassung. Für seit 01.01.2021 neu typgeprüfte Fahrzeuge existieren die offiziellen Angaben nur noch nach WLTP. Zudem entfallen laut EU-Ordnung 2022/195 ab 01.01.2023 in den EG-Übereinstimmungsbescheinigungen die NEFZ-

Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

MEHR BEWERBUNGEN DENN JE
UND HOFFNUNG AUF „KLEBEEFFEKT“

Rekordzahl an Referendaren

Nachdem Bremen das erste Bundesland war, das angehenden Lehrkräften eine Zusage für ihr Referendariat in der Freien Hansestadt erteilt hat, haben Mitte Dezember des vergangenen Jahres 269 angehende Lehrkräfte ihr Kommen fest zugesagt. Ihre Referendariate beginnen ab dem 1. Februar.

Laut Senat handelt es sich um die bisher höchste Zahl an Bewerbern, die sich beim Landesinstitut für Schule (LIS) für den Schuldienst qualifizieren wollen. Bisher bildete das LIS halbjährlich knapp 180 Referendare aus. Sascha Karolin Aulepp, Senatorin für Kinder und Bildung, sieht diese Rekordzahl als Hinweis darauf, dass die Bemühungen ihres Hauses in der Gewinnung neuer Lehrkräfte Erfolg zeigen. So wurde erst kürzlich das Bewerbungsverfahren vereinfacht. „Wir freuen uns über jede einzelne neue Referendarin und jeden neuen Referendar, die beziehungsweise der an unseren Schulen tatkräftig mit anpacken kann.“ Zudem baue man auf einen „Klebeffekt“, da es sich immer wieder zeige, „dass Referendarinnen und Referendare auch nach der schulpraktischen Ausbildung als Lehrkräfte in ihrer Schule bleiben“, so Aulepp. Nachdem die Freie Hansestadt im November 2023 die Zusagen an angehende Lehrkräfte verschickt hatte, zeichnete sich bereits ab, dass sich weitaus mehr

Menschen für den Lehrerberuf interessieren als noch vor einem Jahr: Rund 399 Frauen und Männer hatten sich schließlich um ein Referendariat in Bremen beworben. Weil Hamburg und Niedersachsen ihre Zusagen zu dem Zeitpunkt noch nicht vergeben hatten, standen von einigen Bewerbenden teilweise Rückmeldungen aus, ob sie den Platz an der Weser annehmen. Die exakte Zahl der Referendare wird erst bei der Urkundenvergabe zum Einstellungstermin feststehen.



Rund 399 angehende Lehrkräfte haben sich um ein Referendariat in Bremen beworben.

SEIT 40 JAHREN IM BREMER MERCEDES-WERK BESCHÄFTIGT

LANGJÄHRIGE MITARBEITER GEEHRT

Mit rund 11.500 Mitarbeitern ist das Bremer Mercedes-Werk der größte private Arbeitgeber der Region. 142 der Beschäftigten arbeiten hier seit 40 Jahren, also fast genauso lange, wie das Werk bereits in Bremen ansässig ist. Gemeinsam mit 107 Mitarbeitern, die hier immerhin seit einem Vierteljahrhundert ihren Arbeitsplatz haben, wurden sie am 1. Dezember im Saal des Congress-Centrums Bremen (CCB) geehrt.

Seit etwas über 40 Jahren gehört Mercedes zur bremischen Wirtschaft. So startete hier 1978 mit dem T-Modell der Baureihe 123 die Pkw-Fertigung. In den darauffolgenden Jahren sind Klassiker wie der große und der kleine Roadster, aber auch Massen-Modelle wie die C-Reihe und der Kombi der E-Klasse vom Band gelaufen. Inzwischen wurden im Bremer Werk bereits mehr als neun Millionen Fahrzeuge produziert. Auch handelt es sich um den Standort, an dem Mercedes durch die Herstellung seiner der E-Mobil-Flotte den Schwenk in die automobile Zukunft begonnen hat.

„Wenig macht das enge Nebeneinander von Zukunft und Vergangenheit so greifbar“, betonte Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte anlässlich der Mitarbeitererehrung. „Jahrzehnte war Bremen-Sebaldsbrück der Ort, an



Michael Kante (v. l.), seit 40 Jahren Mitarbeiter im Werk, Jens Brunkaus und Susanne Horning, beide seit 25 Jahren am Bremer Standort, unterhalten sich mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte.

dem feine Benzin- und Dieselmotoren unter das feine Blech der Wagen gesetzt wurden. Jetzt zeigen die Beschäftigten dieses Werkes ihren Kolleginnen und Kollegen in den Fabriken rund um die Welt, wie der Umstieg in die E-Mobilität aufseiten der Produktion funktioniert“, so Bovenschulte weiter. Da das Werk für den Wirtschaftsstandort Bremen wichtig ist, sei der Umschwung auf E-Mobilität für den Bürgermeister ein hoffnungsvolles

Zeichen. Daher freue es ihn, dass auch die Konzernzentrale erkannt hat, was im Bremer Werk machbar ist. Er wünsche Werksleitung und Belegschaft, dass es ihnen auch weiterhin kooperativ gelingt, im Werk bei allen sicher noch kommenden Herausforderungen ein Miteinander zu finden, sodass in 40 Jahren wieder Menschen auf einer Bühne stehen können, die in diesem Jahr bei Mercedes ihre Ausbildung begonnen haben.

100 JAHRE FIRMENGESCHICHTE IN FAMILIENHAND NEHLSSEN AG FEIERT JUBILÄUM

Am 10. Dezember 1923 legte der damals 23-jährige Karl Nehlsen in Grohn mit einem eigenen Fuhrgeschäft den Grundstein für die Nehlsen AG. Bei der Jubiläumsfeier zum 100-jährigen Bestehen am 10. Dezember 2023 in der Bremer ÖVB Arena gratulierte auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte.

Über die Jahrzehnte entwickelte sich aus dem ursprünglichen Transportgeschäft, bei dem mit Pferd und Kutsche Sand, Kies, Steine, Möbel und auch schon Abfälle transportiert wurden, das Entsorgungsunternehmen Nehlsen. Hundert Jahre später ist aus dem Einmannbetrieb



ein international tätiges Unternehmen geworden, spezialisiert auf Recycling, Entsorgung und Reinigung. In einer Talkrunde während der Jubiläumsveranstaltung, die vom Vorstandsvorsitzenden der Nehlsen AG, Oliver Groß, moderiert wurde, blickte der Bürgermeister gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvor-

sitzenden der Nehlsen AG, Peter Hoffmeyer, dem Wissenschaftsjournalisten Ranga Yogeshwar und Peter Kurth, dem Geschäftsführenden Präsidenten des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V., auf die Geschichte der Nehlsen AG. „Herzlichen Glückwunsch! Auf 100 Jahre Firmengeschichte in Familienhand zurückblicken zu können, mit all den Höhen und Tiefen, die es in dieser Zeit gab, das ist wahrlich etwas Besonderes“, so Bürgermeister Bovenschulte.

Weiter bemerkte er: „Die Erfolgsgeschichte der Nehlsen AG zeugt von Weitsicht und unternehmerischem Mut. Das Thema ‚Müll‘ hat sich von der reinen Abfallbeseitigung über das Recycling von Wertstoffen bis hin zu einer ökologischen Kreislaufwirtschaft weiterentwickelt. Die Nehlsen AG war dabei immer Vorreiterin. Ich wünsche dem Unternehmen für die Zukunft alles Gute.“

LANDESSTRATEGIE „GENDERGERECHTIGKEIT IM ERWERBSLEBEN
UND ENTGELTGLEICHHEIT“ AUF GUTEM WEG

Bessere Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt



Mit der Landesstrategie „Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ sollen mehr Frauen in die Erwerbstätigkeit gebracht werden.

Vor rund einem Jahr wurde in Bremen die ressortübergreifende Landesstrategie „Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ verabschiedet. Laut einem Bericht der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, der am 12. Dezember vorgelegt wurde, ist man bei der Umsetzung auf einem guten Weg.

Dem Bericht zufolge werden 11 der 28 Maßnahmen aktuell realisiert, 9 weitere Programme werden bereits teilweise umgesetzt oder sind zumindest konzipiert. Darüber

hinaus sollen 4 weitere Maßnahmen 2024 angegangen werden. Dazu Dr. Claudia Schilling, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration: „Dass die Mehrheit der

Maßnahmen der Landesstrategie ‚Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit‘ entweder schon jetzt umgesetzt oder vorbereitet wird, ist aus meiner Sicht ein schöner und wichtiger Erfolg.“ Es zeige, wie sehr sich alle Beteiligten und Organisationen dafür engagierten, die Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und ungleiche Bezahlung zu bekämpfen. „Angesichts des Fachkräftemangels brauchen wir mehr erwerbstätige Frauen, dafür müssen wir als Staat genau wie die Unternehmen ihnen attraktive Angebote machen. Dazu gehört für mich neben Weiterbildung und Aufstiegschancen auch, dass es selbstverständlich sein muss, Familie und Beruf vereinen zu können“, so die Senatorin weiter.

Die Landesstrategie besteht aus drei Handlungsfeldern und umfasst unter anderem die Bereiche Kinderbetreuung, Arbeitszeitmodelle, existenzsichernde Beschäftigung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen sowie Entgeltgleichheit. Die Maßnahmen richten sich sowohl an die regionale Wirtschaft als auch an den öffentlichen Dienst als auch an Frauen, die sich im Erwerbsleben befinden, wieder einsteigen möchten oder unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt sind. Dabei realisiert jedes Senatsressort die in seiner Verantwortung liegenden Maßnahmen.

LÄNDER FÜR MEHR KOOPERATION IM OSTSEERAUM

93. Europaministerkonferenz

Unter schleswig-holsteinischem Vorsitz hielten die Europaminister der Länder Anfang Dezember in Brüssel ihre 93. Sitzung ab. Tagungsort war der Europäische Ausschuss der Regionen. Für das Land Bremen nahm der Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, Staatsrat Dr. Olaf Joachim, an der Sitzung teil. Auf der Tagesordnung standen aktuelle europapolitische Themen.

Zur 93. Europaministerkonferenz (EMZ) versammelten sich zahlreiche Gäste aus dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission sowie Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft in den Räumlichkeiten des Ausschusses der Regionen in Brüssel. „Die existenzielle Bedeutung der Europäischen Union (EU) wird uns durch den fortdauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine jeden Tag vor Augen geführt. Sechs Monate vor der Europawahl war es mir deshalb ein Anliegen, mit meinen Kolleginnen und Kollegen vor Ort in Brüssel den Austausch über Themen zu führen, die für die Zukunft der EU maßgeblich sind“,

so der Vorsitzende der Konferenz, Schleswig-Holsteins Europaminister Werner Schwarz. „Dazu gehören die Migrationspolitik und die Wettbewerbsfähigkeit der EU ebenso wie Fragen ihrer Finanzierung und der künftigen Mittelverteilung.“ Zwar seien die Beratungen der Europaminister mitunter kontrovers gewesen, dennoch konnten wichtige Beschlüsse gefasst werden. Für die Freie Hansestadt von besonderem Interesse ist der Beschluss zum Thema „Makroregionale Strategien mit Fokus EU-Ostseestrategie“, der vor dem Hintergrund der angespannten Lage im Ostseeraum gefasst wurde. Auch Staatsrat Dr. Joachim begrüßte den Be-

schluss: „Zusammenhalt und Kooperation, auch in Sicherheitsfragen, müssen aufrechterhalten und gestärkt werden. Der Beschluss ist gerade für Bremen mit seinen guten Beziehungen in den Ostseeraum, mit seinen Partnerstädten Danzig in Polen und Riga in Lettland, ein wichtiges Signal.“

UKRAINE ALS NEUER MITGLIEDSTAAT

Beim Austausch zum Thema „Zukunft der EU“ lag der Fokus auf Reformvorschlägen, mit denen sich

die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten aktuell und zudem noch in naher Zukunft beschäftigen werden. So müssen für die geplante Erweiterung der EU durch neue Mitgliedstaaten im Vorfeld vertragliche Grundlagen geschaffen werden, damit die EU handlungsfähig bleibt. „Durch die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, wie der Ukraine, kann die Europäische Union auf neue Partner bauen, die die Werte der EU leben. Dennoch ist es wichtig, im Vorfeld alle organisatorischen und institutionellen Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitglieder in

den EU-Institutionen zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir als Bundesländer darauf achten, dass bei dem Reformprozess unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht verloren gehen“, erklärt Dr. Joachim. Wichtig war außerdem die gemeinsame Positionierung und erneut formulierte Unterstützung der Länder zur Ukraine und der in Zukunft anstehenden Erweiterung durch einen Beschluss der Länder. Die Länder bekennen sich in diesem zur weiteren politischen und materiellen Unterstützung der Ukraine und sprechen sich für die EU-Erweiterung aus.



Auf der EMK wurde über die Unterstützung der Ukraine und eine EU-Erweiterung abgestimmt.

Papier ist geduldig. Sie auch?

Delegieren Sie die aufwändige Verarbeitung Ihrer Papierpost! An **CITIPOST eVersand** – für nur 10 Cent pro Seite (zzgl. Porto).

CITIPOST eVersand ist unser komfortables Produkt zur Verarbeitung Ihrer Papier-Ausgangspost. Sie erstellen Ihre Briefe wie gewohnt, wählen als Druckertreiber „eVersand“ aus, und das war's schon für Sie. Ausdrucken, Kuvertieren, Wiegen, Frankieren und Versand übernehmen wir – sicher, transparent und preiswert. Erfahren Sie mehr: auf citipost-nordwest.de/eversand



JAPANISCHE HANDWERKSKUNST IN PERFEKTION



ERLEBEN SIE DIE ELEKTRIFIZIERTEN CROSSOVER MODELLE VON MAZDA

6 JAHRE MAZDA GARANTIE

Wenn Hingabe und Präzision auf elegantes Design und innovative Antriebstechnologien treffen, wird aus Beruf Berufung – und aus Handwerk Handwerkskunst. Nur so entsteht das einzigartige Fahrgefühl, das jedes elektrifizierte Crossover Modell von Mazda so besonders macht. Wir freuen uns auf Sie und beraten Sie gerne persönlich vor Ort!

6 Jahre Mazda Garantie gemäß den Mazda Garantiebestimmungen.

ENGELBART

AUTOHAUS ENGELBART GMBH & CO. KG

www.mazda-autohaus-engelbart-bremen.de

www.mazda-autohaus-engelbart-delmenhorst.de

Georg-Bitter-Straße 24
28205 Bremen
Tel. 0421 33117930

Annenheider Straße 185
27755 Delmenhorst
Tel. 04221 4216100

Hauptsitz: Autohaus Engelbart GmbH & Co. KG, Hasporter Damm 142-148, 27755 Delmenhorst, Tel. 04221 5860

GESETZESÄNDERUNGEN 2024 FÜR UNTERNEHMEN



Mit dem Jahreswechsel kommen immer auch gesetzliche Veränderungen und Anpassungen auf uns zu. Zu den wichtigsten Neuerungen in 2024 gehören unter anderem das Wachstumschancengesetz, das mittlerweile grünes Licht erhalten hat, die Rückkehr zum 19-Prozent-Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie, die geplante Senkung der Stromsteuer für stromintensive Betriebe sowie ein höherer Lohn für Minijobber und Azubis.

Mit dem Wachstumschancengesetz sind zahlreiche Ideen und Maßnahmen geplant, die Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördern und steuerliche Anreize für klimafreundliche Investitionen setzen sollen. Das Gesetz sieht unter anderem vor, eine Investitionsprämie für klimafreundliche Technologien auf den Weg zu bringen. Konkret will die Bundesregierung 15 Prozent der Aufwendungen für Energieeffizienzmaßnahmen von Unternehmen als direkte finanzielle Unterstützung bezuschussen. Zudem ist die Erhöhung einiger Freigrenzen im Gesetz benannt – etwa die für Geschenke an Kunden und Geschäftspartner. Sie soll von 35 auf 50 Euro steigen. Die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter soll von 800 auf 1.000 Euro steigen, die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter soll befristet wieder eingeführt und der steuerliche Verlustabzug soll verbessert werden. Ferner sind Entbürokratisierungsmaßnahmen geplant.

So sollen Betriebe Buchungsbelege beispielsweise statt bisher 10 Jahre lang nur noch 8 Jahre archivieren müssen.

WENN ES UMS GELD GEHT

Eine besonders öffentlichkeitswirksame Entscheidung ging bereits in den letzten Wochen durch die Medien: die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie. Um Gastronomiebetriebe während der Pandemie zu entlasten, wurde die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie auf 7 Prozent gesenkt. Die Sonderregelung wurde zum neuen Jahr beendet. Ab Januar sollen wieder 19 Prozent fällig werden (mehr hierzu auf den Seiten 22 und 23). Ähnliches gilt für Erdgas und Fernwärme. Die reduzierte Mehrwertsteuer in Höhe von 7 Prozent soll wieder auf den regulären Satz angehoben werden. Grund dafür ist die Entspannung am Energiemarkt. Es bestehe nun keine Veranlassung mehr, die Ver-



Stromintensive Betriebe profitieren künftig von einer abgesenkten Stromsteuer.

braucher durch den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu entlasten, so heißt es. Die Anhebung ist Teil des Wachstumschancengesetzes, das bei Redaktionsschluss noch nicht vom Bundesrat genehmigt worden war. Die Energiepreisschrauben sollen aber bis Ende März verlängert werden, um etwaige Preissprünge abzufedern. Stromintensive Betriebe in Industrie und produzierendem Gewerbe, beispielsweise Handwerk wie Bäckereien, Bauunternehmen und Tischler, sollen ab 2024 von einer gesenkten Stromsteuer profitieren, genauer 0,05 Cent pro Kilowattstunde statt derzeit 1,539 Cent je Kilowattstunde. Für Handwerksbetriebe gibt es außerdem die gute Nachricht, dass ihre Transporter auch im Jahr 2024 von der Lkw-Maut ausgenommen bleiben.

RUND UM DAS TEAM – ARBEITSRECHTLICHE ÄNDERUNGEN

Wer Minijobber und Geringverdiener beschäftigt, muss ab Januar einen gesetzlichen Mindestlohn von 12,41 Euro zahlen. In diesem Zuge wird auch die Jahresver-

dienstgrenze für Minijobber angepasst und steigt auf 6.456 Euro, das sind monatlich 538 Euro anstelle der vorherigen 520 Euro. Auch der Lohn für Auszubildende, die im August ihre Lehre beginnen, wird auf eine Mindestgrenze von 649 Euro im Monat angehoben. Anpassungen sind außerdem rund um die Sozialabgaben zu erwarten: Für Gutverdiener gelten ab sofort höhere Bemessungsgrenzen in der

1. Januar 2024 die Möglichkeit, sie nicht mehr nur per Post, sondern auch elektronisch bei Berufsgenossenschaften und Unfallkassen zu melden.

GEMEINSAM GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL

Um gegen den derzeit herrschenden Fach- und Arbeitskräftemangel vorzugehen, gibt es gleich zwei



Die geplante Rückkehr zum regulären Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie verursacht bei den Betreibern Sorgenfalten.

gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung. In Renten- und Arbeitslosenversicherung steigen die Grenzen im Westen von 7.100 Euro auf 7.550 Euro pro Monat und im Osten von 7.100 Euro auf 7.450 Euro. Die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung steigt auf 5.175 Euro pro Monat. Für Gehälter, die darüber liegen, wird der Beitrag nur bis zu dieser Grenze berechnet. Darüber hinaus hat das Bundesgesundheitsministerium den durchschnittlichen Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung für 2024 um 0,1 Prozentpunkte auf 1,7 Prozent erhöht. Der neue Zusatzbeitrag ist damit so hoch wie noch nie. Eine weitere Änderung betrifft die Meldungen zur Sozialversicherung. Am 29. Februar 2024 wird das Portal sv.net abgeschaltet und durch das neue SV-Meldeportal ersetzt. Neu ist außerdem die bezahlte Familienstartzeit, auch Vaterschaftsurlaub genannt. Der zweite Elternteil hat nach der Entbindung Anspruch auf zehn Arbeitstage bezahlten Sonderurlaub. Bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gibt es ab dem

relevante Neuerungen: Durch das verbesserte Fachkräfteinwanderungsgesetz können Fachkräfte mit berufspraktischen Kenntnissen leichter nach Deutschland einwandern. Die neuen Regelungen werden schon seit November 2023 sukzessive eingeführt und beinhalten zum Beispiel die Absenkung von Gehaltsgrenzen, einen größeren Personenkreis und die Erweiterung der Liste der Engpassberufe. Wer zwei Jahre Berufserfahrung und einen Abschluss im Heimatland hat, kann als Fachkraft nach Deutschland kommen. Neu ist zudem eine Chancenkarte mit einem Punktesystem. Ab März 2024 werden die Möglichkeiten zum Aufenthalt im Rahmen von Qualifizierungsmöglichkeiten ausgebaut und Sonderregelungen bei berufspraktischen Erfahrungen, wie für IT-Spezialisten und Pflegekräften, sowie für Azubis und Studierende eingeführt. Ab Juni 2024 können Drittstaatsangehörige eine Chancenkarte erhalten. Diese ermöglicht ihnen einen Aufenthalt in Deutschland, der zur Arbeitsplatzsuche genutzt werden kann.

Die Karte basiert auf einem Punktesystem. Zudem wird ab Juni 2024 die Westbalkanregelung entfristet. Staatsangehörige von Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien erhalten dadurch für bestimmte Berufe einen Arbeitsmarktzugang. Auch bestehendes Personal soll 2024 finanziell unterstützt weitergebildet werden können: Unternehmen, die vom Strukturwandel (z. B. Digitalisierung) betroffen sind, können ab April ein sogenanntes Qualifizierungsgeld beantragen, um Arbeitskräfte zu befähigen. Das Qualifizierungsgeld ist eine Entgeltersatzleistung der Agentur für Arbeit.

DER UMWELT ZULIEBE

Einige Neuerungen betreffen den Umgang mit Umwelt und Klima. Für Furore hat schon im letzten

Jahr das Gebäudeenergiegesetz gesorgt. Zum 1. Januar tritt es in Kraft und verpflichtet dazu, beim Einbau neuer Heizungsanlagen darauf zu achten, dass sie mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden. Wer im Betrieb noch alte Feuerlöscher verwendet, sollte einen Blick auf das Etikett werfen: Enthält der Schaum PFAS (per- und polyfluorierte Chemikalien), muss der Feuerlöscher ausgetauscht werden.

Um den Elektroschrott in Unternehmen und Privathaushalten zu reduzieren, werden ab sofort die Ladekabel unter anderem für Smartphones, Digitalkameras, Kopfhörer und Tablets vereinheitlicht. USB-C wird bis Ende 2024 zum neuen Standard-Kabel. Die



Änderungen für Notebooks folgen im Jahr 2026. Tanken und Heizen wird ab 2024 voraussichtlich teurer, da der CO₂-Preis angehoben wird. Der Preis pro Tonne liegt künftig bei 40 Euro statt wie bisher bei 30 Euro. Deutschland erhebt den CO₂-Preis unter anderem auf fossile Brennstoffe, Kraftstoffe und ab 2024 auch für die Abfallverbrennung. Damit werden alle gängigen klimaschädlichen Brennstoffe teurer. Das soll Anreize setzen, diese Stoffe künftig zu vermeiden.

GESETZLICHE ANFORDERUNGEN AN CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY (CSR)

Ab 2024 wird Nachhaltigkeit für mehr Unternehmen zur Pflicht. Die neue EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive verfolgt das Ziel, die Nachhaltig-

keitsberichterstattung auszuweiten und EU-weit zu vereinheitlichen. Sie sieht die Offenlegung aller betrieblichen Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit und Corporate Social Responsibility (CSR) vor. Die Richtlinie gilt für alle großen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden, einer Bilanzsumme von mindestens 20 Millionen Euro oder einem Nettoumsatz von mehr als 40 Millionen Euro. Zwei dieser Kriterien müssen erfüllt sein, um als großes Unternehmen zu gelten. Ferner wird das deutsche Lieferkettengesetz (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) ausgeweitet. Das Gesetz verpflichtet Unternehmen dazu, Menschenrechte und Umweltstandards in der gesamten Lieferkette einzuhalten. Aktuell gilt es für Firmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitern. Zu Jahresbeginn 2024 wurde diese Grenze auf 1.000 Mitarbeiter gesenkt. Nun sind auch kleinere

Mit dem Lieferkettengesetz werden Unternehmen in die Pflicht genommen, soziale und umweltbezogene Standards entlang ihrer Lieferkette einzuhalten.

Unternehmen dazu verpflichtet, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken im Betrieb zu identifizieren, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und ein Beschwerdeverfahren einzurichten.

FROHES NEUES JAHR!

Mit dem neuen Jahr hat die Bundesregierung den Startschuss für Maßnahmen rund um Steuererleichterungen, die Förderung von Arbeitskräften und den Schutz der Umwelt gegeben. Nicht alle gesetzlichen Änderungen gelten ab sofort – einige Verpflichtungen treten erst im Laufe des Jahres in Kraft. Wer sich rechtzeitig informiert, kann den Gesetzesänderungen aber gelassen entgegenblicken.



Um die erste Zeit nach der Geburt gemeinsam genießen zu können, wird ein bezahlter Sonderurlaub eingeführt.



Jetzt exklusiv im Kino



Wünsche erfüllen mit dem
TUI Kinderfestpreis
ab **111€**

PORTUGAL
Pestana Dom Joao II Beach & Golf ****
DZ, Frühstück, z.B. am 30.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hannover p.P. ab **€ 1.031**
KINDERFESTPREIS € 149

 **FUERTEVENTURA**
TUI KIDS CLUB
Riu Oliva Beach ***
FZ, All Inclusive, z.B. am 26.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hannover p.P. ab **€ 1.055**
KINDERFESTPREIS € 199

ÄGYPTEN
Jaz Makadi Oasis Resort & Club ****
DZ, All Inclusive, z.B. am 04.07.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hannover p.P. ab **€ 1.111**
KINDERFESTPREIS € 299

 **TUNESIEN**
TUI MAGIC LIFE
Penelope Beach
DZ, All Inclusive, z.B. am 22.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hannover p.P. ab **€ 1.164**
KINDERFESTPREIS € 199

KORFU
Roda Beach *****
DZ, All Inclusive, z.B. am 29.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hannover p.P. ab **€ 1.212**
KINDERFESTPREIS € 199

TÜRKISCHE RIVIERA
Blue Waters Club *****
DZ, All Inclusive, z.B. am 25.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hamburg p.P. ab **€ 1.455**
KINDERFESTPREIS € 199

 **MALLORCA**
TUI KIDS CLUB
Cala Mandia ****
Studio, All Inclusive, z.B. am 22.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hannover p.P. ab **€ 1.489**
KINDERFESTPREIS € 199

 **RHODOS**
TUI MAGIC LIFE
Plimmiri
DZ, All Inclusive, z.B. am 22.06.2024
7 Nächte inkl. Flug ab Hamburg p.P. ab **€ 1.541**
KINDERFESTPREIS € 299

*Die saisonabhängigen TUI Kinderfestpreise gelten für Kinder von 2-12 Jahren (in ausgewählten Hotels bis 15 J.) im Zimmer zweier Vollzahler für Pauschalreisen vom 15.03. bis 30.09.24 (letzte Rückreise) in teilnehmenden Hotels (7-14 Nächte, inkl. Basisverpflegung) mit ausgewählten Flügen bei gleichem Abflug- und Ankunftsflughafen: begrenztes Kontingent, buchbar vom 06.12.23 bis 13.02.24 (TUI oder airtours).
TUI Deutschland GmbH - Karl-Wiechert-Allee 23 - 30625 Hannover

Mehr Inspiration und Travel-Tipps bei uns im TUI Reisebüro.

FAMILIENUNTERNEHMER BREMEN – RÜCKGRAT DER WIRTSCHAFT

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

Der Familienunternehmer e. V. versteht sich als wesentlicher Teil der Wirtschaft, gleichwohl als gesellschaftsprägend. Familienunternehmen sind hierzulande Jobmotoren und Rückgrat der Wirtschaft – eine Struktur, die es so in anderen Ländern nicht gibt. Die Mitglieder des Verbandes denken in Generationen und nicht wie angestellte Manager in Quartalszahlen oder wie Politiker in Legislaturperioden. Und sie positionieren sich immer wieder mit starker Stimme.

In Bremen und umzu gehören dem Verband rund 200 Mitglieder an. Tatsächlich sind 19 der 1.000 umsatzstärksten deutschen Familienunternehmen in Bremen angesiedelt, wodurch die Hansestadt im bundesdeutschen Städtevergleich den vierten Rang belegt. Michael Kleine, General Manager der Mac Panther GmbH, wundert die prominente Platzierung nicht. „Bremen ist ein toller Wirtschaftsstandort und aus der Tradition heraus eine Kaufmannsstadt.“ Hier habe die Hanse über Jahrhunderte ein Klima geprägt, das einfach zum Handel und zur Produktion einlade. „Und das ging und geht meistens von familiengeführten Unternehmen aus.“

„Bremen ist ein toller Wirtschaftsstandort und aus der Tradition heraus eine Kaufmannsstadt.“

NOTWENDIGKEIT EINER STARKEN INTERESSENVERTRETUNG

Für den Landesvorsitzenden Peter Bollhagen, Pero + Partner Malereibetrieb GmbH, Bremen, sind es die Informationsmöglichkeiten, die netten Kontakte und das Wissen um die Notwendigkeit einer starken Interessenvertretung des Mittelstands und der Familienunternehmer, die ihn aktiv gemacht haben. Erst kürzlich hat er sich wiederum zur vom Senat beschlossenen Ausbildungsplatzabgabe geäußert: „Die vielen unbesetzten Stellen unterstreichen einmal mehr die Absurdität der Ausbildungsabgabe.“ Sie sei reine Augenwischerei, die das Problem überhaupt nicht zu lösen vermöge. Vielmehr zeige die Ausbildungsbilanz für die Stadt Bremen ganz klar, dass die Ausbildungsplatzbewerber weniger werden, während das Ausbildungsplatzangebot steigt. „Unternehmen,



INTERESSEN- VERTRETUNG

mit starker Stimme

die auf diesem ausgedünnten Bewerbermarkt keine Auszubildenden finden, werden in Bremen mit der Ausbildungsplatzabgabe noch extra bestraft.“ Damit, so Bollhagen, leiste sich der Senat eine mittelstands- und wirtschaftsfeindliche Politik. Seine Erfahrung aus der alltäglichen Praxis sei es, dass Unternehmen ausbilden möchten und kontinuierlich nach potenziellen Auszubildenden suchen, die jungen Menschen allerdings qualifiziert werden müssen, um ausgebildet werden zu können.

KRITISCHE ABLEHNUNG DES A27-AUSBAUS UNVERSTÄNDLICH

Ebenso hatte Bollhagen sich mit starker Meinung hinsichtlich des Ausbaus der Autobahn A27 zwischen der Überseestadt und dem Bremer Kreuz positioniert: Begrüßt wurde vom Landesvorsitzenden der jüngste Beschluss des Bundestages zum beschleunigten Ausbau der A27; dies sei gerade für Bremen und Bremerhaven als zweitgrößter deutscher Logistikstandort von enormer Bedeutung und „ein entscheidendes Vorhaben, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region zu stärken, das Wachstum der Unternehmen und Häfen zu fördern und gleichzeitig den Alltag der Pendler zu erleichtern. Bremen gehört zu den bundesweit am stärksten von Staus belasteten Großstädten. Diese schaden nicht nur dem Klima, sondern kosten auch jeden Autofahrer laut dem Verkehrsdienstleister Inrix durchschnittlich 399 Euro.“ Umso unverständlicher sei, dass der Senat und insbesondere die Bremer Grünen dem Projekt kritisch gegenüberstehen. Die Erweiterung der A27 deklarierte er als Gewinn für Wirtschaft, Bürger und auch Umwelt, zudem als signifikanten

Beitrag, mit dem Bau von Photovoltaikanlagen links und rechts die Autobahninfrastruktur bis 2040 netto-klimaneutral zu betreiben.

VERSCHWENDUNG VON HAUSHALTSMITTELN ANGEPRÄNGERT

Nachdem der Bund der Steuerzahler sein jährliches Schwarzbuch vorgestellt und darin gravierende Fehlentwicklungen zulasten der Bürger angeprangert hatte, nahm Peter Bollhagen den Umgang der Politik mit den Haushaltsmitteln aufs Korn, wobei er insbesondere die Verpachtung des Grundstücks an der Amelie-Beese-Straße an den Kulturbeutel e. V. zum Spottpreis als verantwortungslos kritisierte. Den Verzicht der Stadt auf relevante Einnahmen durch eine marktübliche Verpachtung eines hervorragend erschlossenen Ge-

werbegebiets hatten die Bremer Familienunternehmer in der Vergangenheit mehrfach thematisiert. Als Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung verzichte Bremen auf Erlöse in Millionenhöhe und verpachte ein gut erschlossenes Gewerbegebiet in der Airport-Stadt an einen Bremer Kulturverein für lediglich 9 Cent pro Quadratmeter. Eine Überlassung zu derart marktunüblichen Konditionen würde im Fall von Unternehmen und Privatpersonen immer eine behördliche Untersuchung nach sich ziehen. Selbst bei einer Erbpacht könnte Bremen für das 9.000 Quadratmeter große Areal mit Einnahmen in Höhe von 330.000 Euro per annum rechnen. Stattdessen begnügte die Stadt sich mit 618 Euro jährlich. Der Vorgang, so Bollhagen, zeige exemplarisch, dass die Bremer Politik den Ernst der Lage nicht verstanden habe.

IMMER KLAR POSITIONIERT

Stefan Bellinger, Vizepräsident der Familienunternehmer, zudem alleiniger Geschäftsführer und Gesellschafter des Autzulieferunternehmens Carbox GmbH & Co. KG mit Sitz in Achim bei Bremen:

„Die Familienunternehmer haben immer klare Positionen vertreten. Familienunternehmer brauchen eine starke Interessenvertretung, in der sie sich auch selbst einbringen können.“

„Die Familienunternehmer haben immer klare Positionen vertreten. Familienunternehmer brauchen eine starke Interessenvertretung, in der sie sich auch selbst einbringen können.“ Ein stärkeres Bewusstsein in der Gesellschaft für die Bedeutung der traditionellen Familienunternehmer und vor allem der Werte, die sie vertreten, ist für Bellinger dringend geboten. Für ihn ist es wichtig, sich zu engagieren. So etwa als Vorsitzender der Segnitz-Stiftung Bremen, als Mitglied im Haus Seefahrt von 1545 und insbesondere als Mitglied im Aufsichtsrat der Sparkasse Bremen AG handelt er gerne ganz im Sinne der Waage: wohlüberlegt, ausgleichend und gerecht.



Landesvorsitzender Familienunternehmer Bremen, Peter Bollhagen

UNTERNEHMER DES MONATS

BREMENS TOR *in die weite Welt*



Ziel war es, dieses Niveau zu halten und in der Zukunft etwas auszubauen, doch die Pandemie schob dem einen Riegel vor. Aktuell erholen sich die Zahlen anhaltend. Waren es 2020 nur etwa 600.000 und sogar nur noch die Hälfte davon 2021, bestiegen im vergangenen Jahr bereits wieder 1,5 Millionen Gäste Flugzeuge. Für 2023 gibt es noch keine finalen Zahlen, aber alleine im Zeitraum Januar bis Oktober habe der Airport die Zahlen des Vorjahres für den gleichen Zeitraum bereits um 300.000 übertrafen, erklärt Cezanne. Langfristig möchte er gemeinsam mit seinem Team den Flugplatz weiterwachsen sehen, aber ihm gehe es weniger darum, konkrete Zahlen zu erreichen: „Wir bieten an, was die Wirtschaft und die Privathaushalte brauchen.“ Die Zeiten hätten sich hier klar geändert, da auch inzwischen bei den Airlines eine andere Mentalität herrsche. Hohe Kosten wie die Luftverkehrssteuer, die Luftsicherheitsgebühren und die Flugsicherungsgebühren, die mit die höchsten in Europa sind, würden verhindern, dass vor allem Low-Cost-Airlines in Deutschland wachsen.

CO₂-NEUTRALER FLUGHAFEN

Direkt mit seinem Antritt als Geschäftsführer hat sich Cezanne die ökologische Transformation auf die Fahnen geschrieben, woran auch derzeit hinter den Kulissen gearbeitet wird: „Momentan wird ein Transformationskonzept erstellt“, erklärt er und verweist auf die aufwendigen Langfristplanungen für das Gelände. „Welche Infrastruktur werden wir brau-



Ein jeder Bremer kennt ihn: Bremen Airport Hans Koschnick. Der Flughafen am Rande der Neustadt auf der linken Weserseite ist einer der Verkehrsknotenpunkte schlechthin in der Region Nordwest. Und der Hub hat ambitionierte Ziele für die Zukunft.

Das Neuenlander Feld. Seit mehr als 100 Jahren ist es Heimat der Bremer Luftfahrt. Anfang der 1920er erstmals als internationales Flugfeld genutzt, besteht der seit einigen Jahren unter dem Namen Bremen Airport Hans Koschnick firmierende Flughafen bis heute als Bremens Tor in die weite Welt. Indes gehört einiges dazu, den Flugverkehr von und nach Bremen tagtäglich zu gewährleisten, doch für Dr. Marc Cezanne ist und bleibt der Flughafen vor allem eines: „Die angenehmste Art, um nach Bremen oder aus der Hansestadt in die Ferne zu reisen.“ Ganz objektiv ist er da natürlich als Geschäftsführer der Betreibergesellschaft Flughafen Bremen GmbH nicht, dennoch weiß er zu begründen, weshalb der Flughafen der Hansestadt für ihn hervorsteht: Die Nähe zur Stadt und die direkte, eng getaktete Anbindung sind gemeinsam mit der Airportstadt Assets, die wenige Flughäfen dieser Größenordnung bieten können. Damit sind die kleineren

internationalen Flughäfen gemeint. Bremen rangiert nach Passagieren in der Region „Platz 11/12“ – also weit entfernt von Giganten wie München und Frankfurt, doch unverzichtbarer Teil der stabilisierenden Teile des Rückgrats der deutschen Luftverkehrslandschaft.

NEUE CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

„Die Pandemie ist vorbei“, resümiert Cezanne. Auch am Flughafen ist längst Normalität eingekkehrt – auch wenn das Virus von nun an ein Teil der menschlichen Gesellschaft bleiben wird. Doch mit einer besonderen Spätfolge hat der Bremer Flughafen ebenso wie alle anderen Branchenvertreter zu kämpfen: Personalmangel. „Seit der Pandemie merken wir in Bremen, wie auch alle anderen Flughäfen, dass es schwierig geworden ist, geeignete Mitarbeitende zu rekrutieren.“ Denn egal ob am Schalter für den Check-in, in der Sicherheitskontrolle, in den Bürotagen im Hintergrund, die den

bürokratisch-administrativen Ablauf sichern, oder bei der Abfertigung der Flugzeuge, überall werde Personal gebraucht. Wobei Bremen hier noch gut dastehe. An anderen Standorten hätte schon Flüge reduziert werden müssen. Dennoch: „Das ist eine echte Wachstumsbremse“, ordnet er die gravierende Natur dieser Probleme ein. Vor allem Führungskräfte seien mit samt Familie nur sehr schwer nach Bremen zu holen. Vonseiten Bremens fühlt er sich gut unterstützt: „Bremen schöpft alle Möglichkeiten aus.“ So übernimmt die Hansestadt als alleiniger Anteilseigner zum Beispiel alle Kosten der Flughafenfeuerwehr, doch letztendlich sind dem finanziellen Engagement von staatlichen Akteuren gesetzliche Grenzen gesetzt. Kurzum: Bremen kann den Flughafen nicht einfach beliebig finanzieren. Doch auch jenseits der Frage des Geldes sei die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen rund um und im Rathaus exzellent: „Ich kann mich nicht beschweren, die Wege sind kurz, die Absprachen erfol-



gen schnell“, hebt Cezanne einen der Vorteile hervor, die Bremen als kleinstes Bundesland aus seiner Sicht auch gekonnt ausspielt.

IM ZEICHEN DER ERHOLUNG

Im letzten Vor-Coronajahr, also 2019, begrüßte der Bremer Flughafen knapp 2,3 Millionen Passagiere.

chen?“, sei dabei eine der Leitplanken als Fragen für das Konzept. Denn perspektivisch möchte der Bremer Flughafen nicht nur möglichst viel vom vor Ort benötigten elektrischen Strom sowie der Wärme selbst produzieren, sondern auch zu einem Versorgungshub für nachhaltige Treibstoffe werden. Egal ob bei synthetisch erzeugtem Kraftstoff, Strom für Batterien oder als Wasserstofftankstelle, Bremens Flughafen soll es liefern können. Sogenanntes SAF (Sustainable Aviation Fuel) wird sogar schon seit Mitte 2022 aus einem eigenen Tanklager und versorgt durch eine eigene Lieferkette angeboten. Zentral sei deshalb die zukünftige Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Gelände sowie den Dächern der Umgebung oder das Anzapfen von Geothermie. Indes muss sich das halt ins Gesamtkonstrukt „Bremen Airport Hans Koschnick CO₂-neutral“ einfügen. „Uns ist es sehr wichtig, für Bremen hier einen ökologisch sowie wirtschaftlich nachhaltigen und zukunftsweisenden Flughafen zu betreiben.“



2022 bestiegen bereits wieder 1,5 Millionen Gäste Flugzeuge am Bremen Airport. Für 2023 gab es zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch keine finalen Zahlen.

INTERVIEW MIT CORNELIUS NEUMANN-REDLIN



Bild: Bildarchiv DRV Bund/Nürnberg

„Die bremische Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Bundeslandes“

Die vergangenen Jahre brachten diverse außerordentliche Schocks für die Wirtschaft mit sich. Bremen wurde direkt von Unsicherheit und erhöhten Kosten und auch durch die Schwäche der globalen Wertschöpfungsketten indirekt getroffen. Cornelius Neumann-Redlin blickt für uns zurück auf die Ursachen anhaltender Probleme sowie voraus ins Jahr 2024, um zu erahnen, was es für die bremische Prosperität bereithält.

01/ Herr Neumann-Redlin, das Urteil aus Karlsruhe wird aller Voraussicht nach die Fähigkeiten der öffentlichen Haushalte zu investieren, entscheidend beschneiden, wenn an der Schuldenbremse 2024 festgehalten wird. Wie bewerten Sie diese Haltung? Braucht die Wirtschaft nicht jeden Cent an öffentlichen Investitionen auf dem Weg zu einer neuen grünen Prosperität?

Unabhängig von den politischen Verantwortlichkeiten ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine riesige Herausforderung für uns alle: Der Klima- und Transformationsfonds sollte ja die langfristigen Perspektiven zum Umbau der deutschen Volkswirtschaft mit Blick auf die Klimaneutralität ermöglichen und Antriebsimpulse setzen, etwa in der Wasserstoffwirtschaft. Dies gilt umso mehr, als nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz das Ziel besteht, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral sein soll. Möglich wäre als Lösung, ähnlich wie bei der Bundeswehrfinanzierung ein Klimaschutz-Sondervermögen aufzusetzen. Auch eine Reform der Schuldenbremse unter dem Aspekt möglicher „Transformationsinvestitionen“ ist denkbar, nicht jedoch – wie es manche undifferenziert fordern – ihre Abschaffung: Sinn der Schuldenbremse ist der Schutz künftiger Generationen vor finanzieller Überforderung, zumal wir alle nicht wissen, ob unsere Kinder und Enkel einmal bessere Bedingungen für die Rückzahlung von Schulden vorfinden werden als wir.

02/ Das Jahr 2023 wirkt zumindest auf dem Papier wie das erste Jahr ohne neue Krise. Doch noch immer sind da die Folgen von Corona, sowie die des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine inklusive Energiepreisschock. Wie hat die Bremer Wirtschaft dies aus Ihrer Sicht erlebt?

Die multiplen Herausforderungen des Jahres 2023 lassen die bremische Wirtschaft insgesamt überwiegend negativ auf ihre Geschäftslage blicken. Zu den in der Frage genannten Herausforderungen und dem Fachkräftemangel ist der neu entflammte Nahostkonflikt hinzugekommen. Dementsprechend sind auch die Erwartungen an das neue Jahr deutlich zurückhaltend, die Stimmung in der bremischen Wirtschaft ist eingetrübt. So bezeichnet etwa in der Herbst-Konjunkturumfrage des Arbeitgeberverbandes NORDMETALL über die Hälfte der befragten Betriebe der Metall- und Elektroindustrie im Land Bremen ihre gegenwärtige Geschäftslage als schlecht oder unbefriedigend – so viele wie in keinem anderen norddeutschen Bundesland. Kein einziges der hier befragten Unternehmen erwartet im ersten Halbjahr 2024 eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, fast ein Drittel der befragten Betriebe will die Zahl ihrer Mitarbeiter in den kommenden drei Monaten verringern. Über alle norddeutschen Bundesländer hinweg plant jedes fünfte befragte Unternehmen eine Produktionsverlagerung ins Ausland. Das sind alarmierende Signale.

03/ Welche Erfolge hat die bremische Wirtschaft aus Ihrer Sicht für 2023 vorzuweisen?

Die bremische Wirtschaft ist das Rückgrat unseres Bundeslandes. Das hat auch der Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl im Mai 2023 gezeigt: Selten zuvor spielte die Notwendigkeit einer starken Wirtschaft für solide Steuereinnahmen des Staates und die Finanzierung insbesondere des Sozialstaates in den Werbekampagnen der Parteien eine so prominente Rolle. Stolz ist Bremen zu Recht darauf, dass es im Jahr 2022 von allen Bundesländern das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner verzeichnete. Der

Im Bremer Stahlwerk von ArcelorMittal soll grüner Wasserstoff die herkömmlichen Energieträger wie etwa Kohle oder „grauen“ Wasserstoff sukzessive ersetzen.



Gedanke, dass nur ausgegeben werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde, ist auch in der Politik breit angekommen – das ist für sich gesehen ein Erfolg! Dass nicht jede Entscheidung der Politik diesen Gedanken dann beherzigt, ist allerdings leider auch richtig.

04/ Die EZB will den Leitzins nach etlichen Schritten der Erhöhung nun erst mal belassen, wo er ist. Eine gute Entscheidung für Bremen im Jahr 2024?

Mit einem rasanten Anstieg des Leitzinses auf 4,5 Prozent ist die Europäische Zentralbank (EZB) entschieden gegen die historisch hohe Inflation im Euroraum vorgegangen. Zeitgleich hat die restriktive Geldpolitik zu einer deutlichen Dämpfung der Wirtschaft geführt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat errechnet, dass sich die BIP-Wachstumskosten in Deutschland in den Jahren 2022 und 2023 zusammen auf 25 Milliarden Euro beziffern lassen. Vor diesem Hintergrund wird es spannend werden, zu beobachten, ob die Europäische Zentralbank das Zinsniveau im Jahr 2024 unverändert lassen wird. Denn ein anhaltend hoher Zins wirkt sich natürlich

auch 2024 weiter negativ auf fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten aus – vor allem was Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Unternehmen angeht.

05/ Beginnt 2024 der Aufbruch Bremens hin zu einem Energiehub des 21. Jahrhunderts für regenerative Energieträger?

Die Energiewende, die durch die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine noch verschärft wurde, schafft für die Wirtschaft erhebliche Probleme: In der Herbstumfrage des DIHK sehen 61 Prozent der befragten Unternehmen die Energie- und Rohstoffpreise als größtes Einzelrisiko für ihr Geschäft. Bei den Industrieunternehmen liegt der Anteil sogar bei 71 Prozent. Hierin liegt für Bremen und Norddeutschland insgesamt jedoch auch eine Chance, sich als Energiestandort der Zukunft und Vorreiter bei der Transformation von Industrie und Stromerzeugung zu präsentieren. Die Nähe zum Meer und damit kurze Wege zu grünem Strom machen den Norden in Kombination mit seiner Hafen- und Schieneninfrastruktur zum idealen Zentrum der Energiewende. Konkret arbeitet Bremen etwa bereits intensiv daran, viele der aus technischer und ökonomischer Sicht möglichen Anwendungen von grünem Wasserstoff zu realisieren: So wird dieser im Bremer Stahlwerk von ArcelorMittal Kohle und herkömmlichen („grauen“) Wasserstoff sukzessive ersetzen, um die laufende Produktion auf „grünen“ Stahl umzustellen.

06/ Wir erleben, wie Sie bereits erwähnten, branchenübergreifenden Fachkräftemangel. Sind die Firmen teilweise auch selbst schuld, da sie in den vergangenen Jahrzehnten ein Gegensteuern versäumt haben?

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Eintritts der Babyboomer in den Ruhestand wird sich der ohnehin schon deutlich bemerkbare

Fachkräftemangel noch erheblich verschärfen. Dieser demografische Wandel war lange absehbar, und Politik und Gesellschaft haben ungenügend auf diese Herausforderung reagiert. So war etwa die „Rente mit 63“ schon bei ihrer Einführung ein äußerst vermeidbarer Fehler, weil sie ohne Not vor allem Fachkräfte in den früheren Ruhestand gelockt hat. Auch Unternehmen haben sich mitunter von älteren Beschäftigten getrennt, obwohl die demografische Entwicklung vorhersehbar war.

Umso wichtiger ist es nun, alten Fehlern nicht neue hinzuzufügen: Neben der Notwendigkeit gezielter Erwerbsmigration in den deutschen Arbeitsmarkt gilt es, Menschen, die arbeiten können, aus dem Bezug von Bürgergeld zu holen. Hier sehen wir leider entgegengesetzte Schritte der Politik, namentlich mit der überzogenen Erhöhung des Bürgergelds zum Jahresbeginn 2024. Das Motto „Fördern und Fordern“ ist keine Floskel, sondern Grundlage eines Sozialstaats, der den Schwachen hilft und zugleich verlangt, dass jeder sich nach seinen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt einbringt. Zentral ist aber schlicht und ergreifend die Arbeitszeit. Wir arbeiten deutlich weniger als etwa unsere Nachbarn in der Schweiz oder in Schweden, dies werden wir uns auf Dauer nicht mehr leisten können. Statt utopische und völlig kontraproduktive Debatten über eine generelle Vier-Tage-Woche zu führen, müssen wir über weniger Teilzeit, über eine höhere Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte, über ein höheres Renteneintrittsalter oder über die Abschaffung von Feiertagen sprechen. Natürlich



Sorge bereitet Neumann-Redlin, dass das Thema Bildung wohl nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der Bremer Politiker steht.

weiß ich, dass diese Lösungsansätze auf erheblichen Widerstand stoßen werden. Ich habe aber den Eindruck, dass man mit einer sachlich geführten Diskussion viele Menschen für diese notwendigen Maßnahmen gewinnen könnte. Auch wäre schon viel gewonnen, wenn nicht unentwegt über neue Feiertage sinniert würde, wie wir es momentan wieder in Niedersachsen erleben.

07/ Was muss aus Ihrer Sicht im kommenden Jahr passieren? Kann der Senat kurzfristig noch etwas tun, um der heimischen Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven zu helfen?

Die Politik in Bremen, so denke ich, ist sich der hohen Bedeutung der Wirtschaft und namentlich der Industrie für unser Bundesland be-

wusst. Wir stehen als Unternehmensverbände in einem guten und vertrauensvollen Austausch mit dem Senat, und ich denke, dass wir trotz Unterschieden in der Wahl der Mittel insgesamt darin einig sind, dass – ich erwähnte es bereits – die Wirtschaft das Rückgrat unseres Bundeslandes ist. Dementsprechend besteht ein gemeinsames Interesse daran, die Voraussetzungen für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln zu schaffen und den Unternehmen etwa durch eine gut funktionierende (auch digitale) Verwaltung und öffentliche Infrastruktur ihre Arbeit zu erleichtern. Auch sind wir uns mit dem Senat einig darin, dass die Transformation der Wirtschaft – etwa mit Blick auf die Produktion „grünen“ Stahls – ein wichtiges Ziel ist.

08/ Pakt Bremen seine Achillesversen, Bildung und Infrastruktur, ausreichend an? Sehen Sie bei den geplanten Maßnahmen für 2024 reichlich oder schlicht zu wenig vom Guten?

Ich habe die große Sorge, dass das Thema Bildung, das die Innen- und Außenwahrnehmung unseres Bundeslandes seit Jahrzehnten negativ prägt, nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der Politik steht. Anders als in anderen Bundesländern, ich denke etwa an Bayern, wo das stetige Abrutschen Deutschlands in den PISA-Vergleichen zu Diskussionen führt, wie sich Verbesserungen erreichen lassen, wird in Bremen eher achselzuckend reagiert. Wir dürfen uns jedoch nicht mit den schlechten Ergebnissen in den Bildungsvergleichen abfinden.

09/ Alles in allem, was sagen Ihnen Verstand und Bauch? Was wird 2024 für die bremische Wirtschaft bringen?

Im Rahmen dieses Interviews ist an verschiedenen Stellen deutlich geworden, dass die Stimmung in der Wirtschaft momentan deutlich eingetrübt ist. Eine ähnliche Stimmung hat es bereits zu Anfang des Jahrtausends gegeben. Seinerzeit hatte die Regierung unter Kanzler Schröder die Agenda-2010-Reformen durchgesetzt, weil unbestreitbar Deutschland mit den gegebenen Strukturen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung nicht zukunftsfähig war. Seit diesem Reformwerk ist Deutschland

im Wesentlichen nur noch verwaltet worden – viele Gelegenheiten, das Land aus einer Situation der Stärke heraus zukunftsfähig zu machen, wurden nicht genutzt. Ich denke etwa an die Rentenpolitik, aber auch an Investitionen in die Infrastruktur der Deutschen Bahn oder an die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr. Momentan sehen wir, dass sich diese Versäumnisse bitter rächen und kumulativ zu einem Pessimismus in Wirtschaft und Gesellschaft führen, der lähmt. Ich wünsche mir, dass die (wenngleich geschwächte) Ampel-Regierung in Berlin die Kraft aufbringt, eine grundlegende Reform für Deutschland auf den Weg zu bringen.

Momentan zeigt sich die Bundesregierung jedoch zögerlich, tiefgreifende Reformen anzugehen. Dabei wäre genau das jetzt notwendig. Viele Probleme sind hausgemacht, darunter eine ausufernde Bürokratie, langfristige Genehmigungsverfahren und die marode Infrastruktur. Ob wir ein solches Reformwerk als „Agenda 2030“ bezeichnen, ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass es nach etwa zwanzig Jahren wiederum gelingt, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Ich glaube fest daran, dass dies zu schaffen ist!

ZUR PERSON

Cornelius Neumann-Redlin ist Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen. Als Spitzenorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Bremen und Bremerhaven zählen diese derzeit 23 Mitgliedsverbände.

BANG & OLUFSEN

PRODUKTNEUHEIT BEOLAB 8



ab 4.998 €

Genießen Sie die volle Power und Qualität eines Beolab-Lautsprechers – überall in Ihrem Zuhause. Ein Drei-Treiber-System liefert Detailreichtum und Klangfülle. Der Bass erreicht eine Intensität, die Sie von einem Lautsprecher im Format eines Blatts Papier nicht erwarten würden. Dabei ist er nicht nur überraschend kraftvoll, sondern auch beeindruckend intelligent. Der Beolab 8 Lautsprecher lässt sich überall platzieren – an Wänden, Böden, Decken und Tischen. Alle vier Standvarianten sind wahre Kunstwerke. Schlank. Formschön. Kombinierbar mit einer Auswahl an verschiedenen Bezügen – von strukturiertem Stoff bis zu Leisten aus massiver Eiche. Ein Multitalent, das keine Wünsche offen lässt.



BUNGALSKI GMBH

Am Wall 153-156 · 28195 Bremen · 0421-325500-0 · amwall.bremen@beostores.com · www.bungalski.com
Große Straße 117 · 27283 Verden · 04231-308-0 · verkauf@bungalski.de · www.bungalski.com

Wir führen weitere Premiummarken:

LOEWE · METZ · PANASONIC · LG · AUDIOBLOCK · DYNAUDIO · SENNHEISER · THORENS · u. v. m.



Gründerteam
Dr. Kirsten
Hillebrand
und Hendrik
Hinrichs

AUF KLIMA-APP MOTIVIERT ZUM CO₂-SPARWETTBEWERB

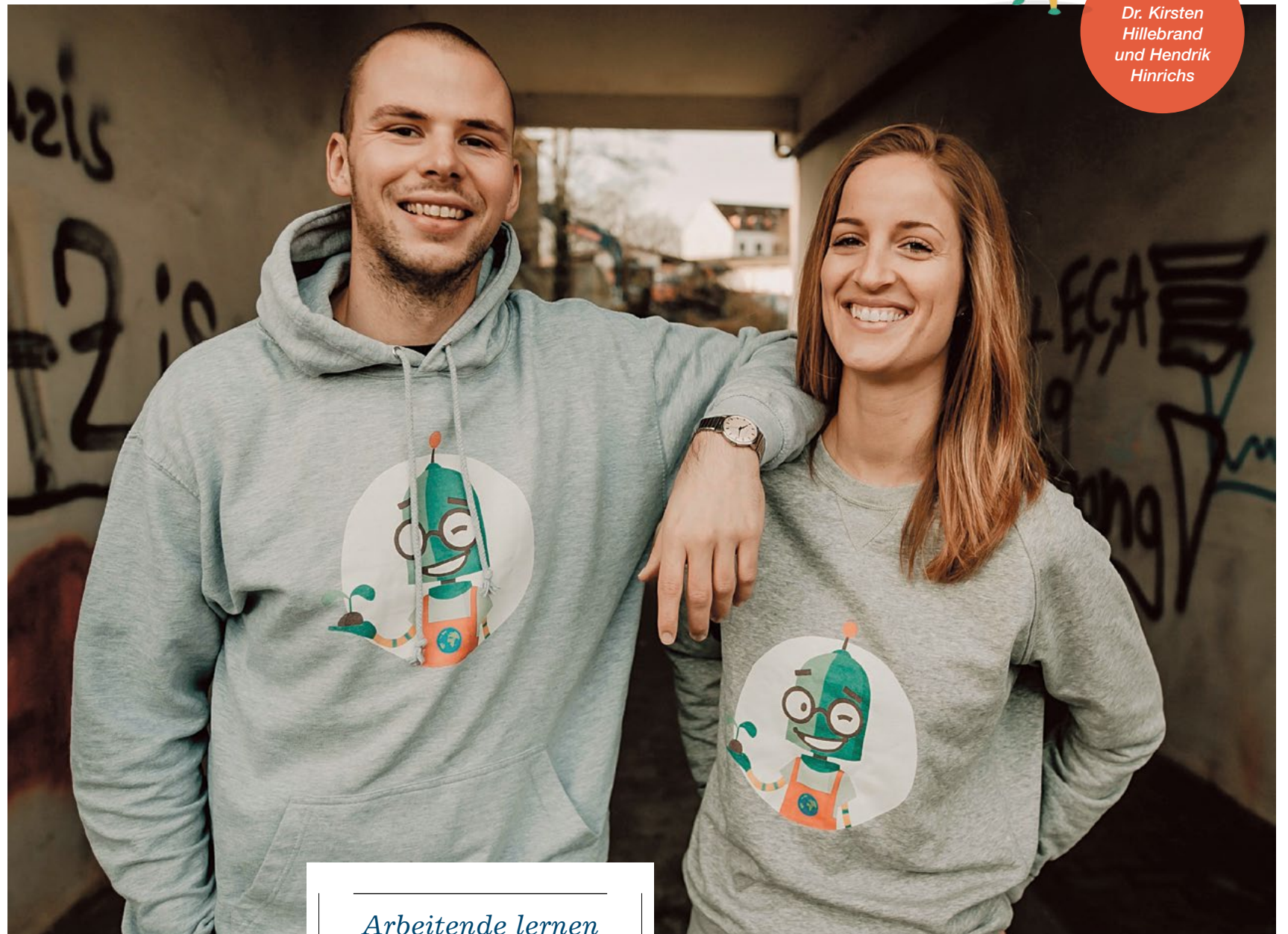
START-UP KLIMAKARL

Im Unternehmen gemeinsam Kohlenstoffdioxid einsparen, zusammen als Teams Challenges meistern und damit gleichzeitig Punkte sammeln, die Spenden an grüne und soziale Projekte freischalten, das ist die Intention der App Klimakarl. Dr. Kirsten Hillebrand und Hendrik Hinrichs haben es sich mit ihrem Bremer Start-up zur Aufgabe gemacht, auf diese Art und Weise zukünftige Klimaschützer zu akquirieren.

Klimakarl gehört zur Bremer Sustainable Chance Labs UG. Hillebrand und Hinrichs sind die Geschäftsführer der Unternehmungsgesellschaft und konzentrieren sich auf B2B-Beratung sowie die Entwicklung von IT-Lösungen im Bereich des Chance Management, insbesondere mit den Schwerpunkten der Nachhaltigkeit und Innovation. Ihr Start-up Klimakarl hat dabei einen Hauptakteur: Chatbot Karl. Ein kleines grünes Männchen mit Brille und Latzhose, das durch die App führt. Es liefert Tipps, Hintergrundinformationen, motiviert und verteilt Punkte für erfüllte Aufgaben aus verschiedenen Kategorien. Freiwillige Teilnehmer innerhalb eines Unternehmens treten in Teams über einen Zeitraum von drei Wochen im Wettbewerb gegeneinander an, um so den eigenen Alltag besonders umweltfreundlich und nachhaltig zu gestalten.

KLIMAFREUNDLICHES BETRIEBSKLIMA

Menschen verbringen tagtäglich viel Zeit am Arbeitsplatz und häufig wird nachhaltiges Verhalten hauptsächlich im Privatleben umgesetzt. Genau da sitzt die Stellschraube, wo Klimakarl ansetzen möchte und jede Menge Potenzial gesehen wird. Arbeitende lernen umweltfreundliches Verhalten im Berufsalltag kennen und werden so dafür sensibilisiert, auch betrieblich nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Genau solche Auswirkungen wünscht sich Hillebrand und sie berichtet von einem Erfolgsbeispiel, als ein Team aus dem Einkauf eines Unternehmens bei dem Wettbewerb mitmachte und sich im Anschluss überlegt hat, wie sie das Packaging effizienter machen, sodass statt 100 Lkw nur noch 60 für den Transport gebraucht werden. Insgesamt geht es also auch um die Entstehung von neuen Gewohnheiten, die durch einen kleinen Anschlag oder eben durch einen Wettbewerb entstehen



Arbeitende lernen umweltfreundliches Verhalten im Berufsalltag kennen und werden so dafür sensibilisiert, auch betrieblich nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

WO UND WIE SICH AKTIV WERDEN LÄSST

können. Ebenso konnte das Team von Klimakarl feststellen, dass die App den Raum bietet, Veränderungen und Verbesserungen anzusprechen. Kleine Kritikpunkte dürfen im Zusammenhang der Challenge an- und ausgesprochen werden, ganz ohne erhobenen Zeigefinger. Dennoch steht und fällt so ein Wettbewerb natürlich mit der Unternehmenskultur. „Teilweise laufen identische Wettbewerbe und die schlagen bei dem einen Unternehmen ein wie eine Bombe und in dem anderen Unternehmen kommt es nicht so richtig in Fahrt. Am Ende hängt es natürlich auch davon ab, wie es intern kommuniziert, vorbereitet und begleitet wird, aber überwiegend ist das Feedback sehr positiv und man merkt, dass die Leute Lust haben, zu sparen und aktiv zu werden“, weiß Hillebrand zu ergänzen.

Die potenziellen Aufgaben sind standardisiert, sodass sie möglichst alle Unternehmen in Deutschland ansprechen. Auf drei Bereichen liegt dabei der Fokus: Mobilität, Ernährung und Ressourcen. Bei der Mobilität werden Arbeitswege und Dienstreisen unter die Lupe genommen. „Wie komme ich zur Arbeit? Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß, mit dem Rad, bilde ich Fahrgemeinschaften, fahre ich schneller als 130 km/h oder weniger? Je nachdem, wie viele Kilometer man einträgt, lässt sich auch dokumentieren, ob man geflogen oder stattdessen Auto gefahren ist. Dann wäre das Auto wieder positiver, also die klassischen Mobilitätsfragen“, so Hillebrand. Beim Thema Ernährung gibt es Punkte für das Frühstück und das Mittagessen, hier wird unterteilt in vegan oder vegetarisch und weitere Spezifizierungen. Beim Thema Ressourcen dreht sich alles um Energie. Werden PC und Monitor abends oder vor dem Wochenende ausgeschaltet, steht die Heizung auf

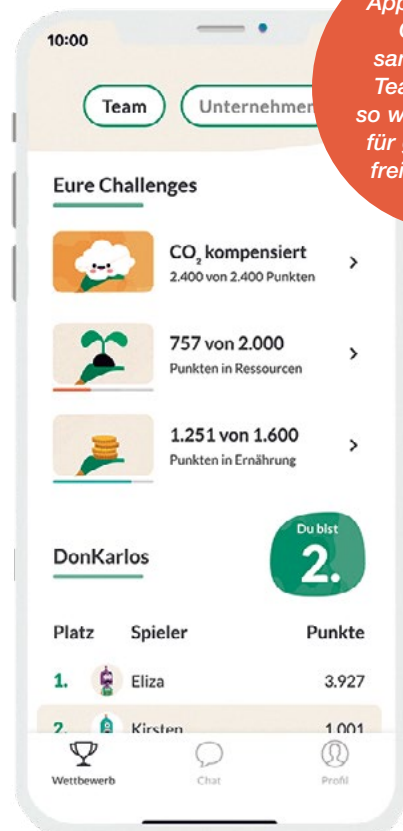
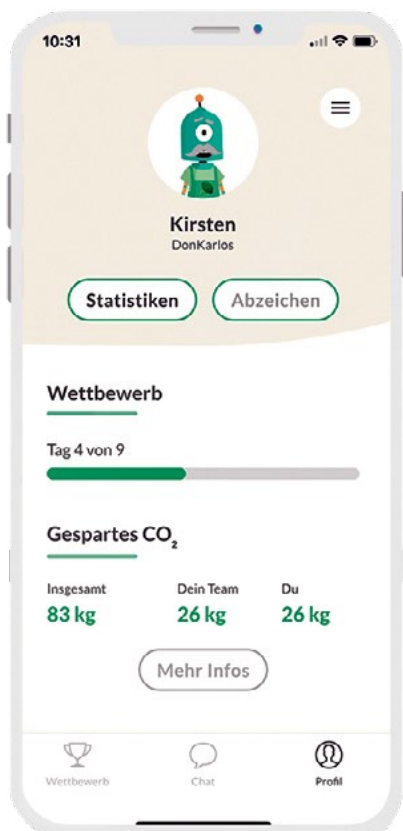
fünf, während gelüftet wird? Und sehr beliebt, die Treppenstufen dem Aufzug vorzuziehen. Die dementsprechenden Punkte bekommt jeder Teilnehmer auf das Handy, sobald eine Aufgabe absolviert wurde. „Die Punkte basieren auf der CO₂-Einsparung, auf der Vermeidung der schlechtesten Alternative. Heißt, wenn ich jetzt zum Frühstück vegan gegessen habe, haben wir intern berechnet, was hätte denn fleischhaltiges Frühstück im Schnitt für eine CO₂-Belastung, und haben dann die Differenz mit einem gewissen Schlüssel bepunktet“, erklärt die Expertin. Am Ende gewinnt das Team, das für das Erledigen umweltfreundlicher Aufgaben die meisten Punkte holen konnte.

GRÜNDUNGSPHASE UND ERFOLGE

Die Idee zu Klimakarl wurde im Rahmen von Hillebrands Masterarbeit 2018 geboren. Es folgte

später Unterstützung unter anderem in Form der Förderinitiative digital.engagiert und ein Exist Gründungsstipendium der Uni Bremen. Final auf dem Markt ist Klimakarl seit 2021. Den Austausch, das gute Netzwerk, die Förderung in der Ideenfindung und die dazugehörige Bühne, um sich vorzustellen, hat Hillebrand in guter Erinnerung, wenn man in Bremen ein Start-up gründet. „Als wir dann allerdings am Markt waren, ging es mehr darum, Investoren zu suchen, worauf muss man achten, Business Angels, wollen wir das, wollen wir das nicht, wie skaliert man auf andere Länder? Vielleicht waren wir da auch nicht in den richtigen Kreisen, auf jeden Fall war unser Eindruck, dass da eine kleine Lücke herrschte.“ Im neuen Jahr verlegen sie den Firmensitz nach Köln, dies aber nicht aus strategischen, sondern aus privaten Gründen. Bisher kann Klimakarl insgesamt 60 Wettbewerbe verzeichnen und die Bandbreite der Unternehmen, die teilgenommen haben, ist vielfältig. „Wir hatten schon Senatskanzleien, kleine Start-ups und Universitäten. Die klassischen Kunden sind allerdings die größeren, multinationalen Unternehmen, die dann auch entsprechende Budgets für Mitarbeiterbindung und Events haben.“ Klimakarl startet derzeit auch in der Schweiz und Österreich und im Laufe des Jahres werden weitere Länder im europäischen Ausland hinzukommen.

Die potenziellen Aufgaben sind standardisiert, so dass sie möglichst alle Unternehmen in Deutschland ansprechen. Auf drei Bereichen liegt dabei der Fokus: Mobilität, Ernährung und Ressourcen.



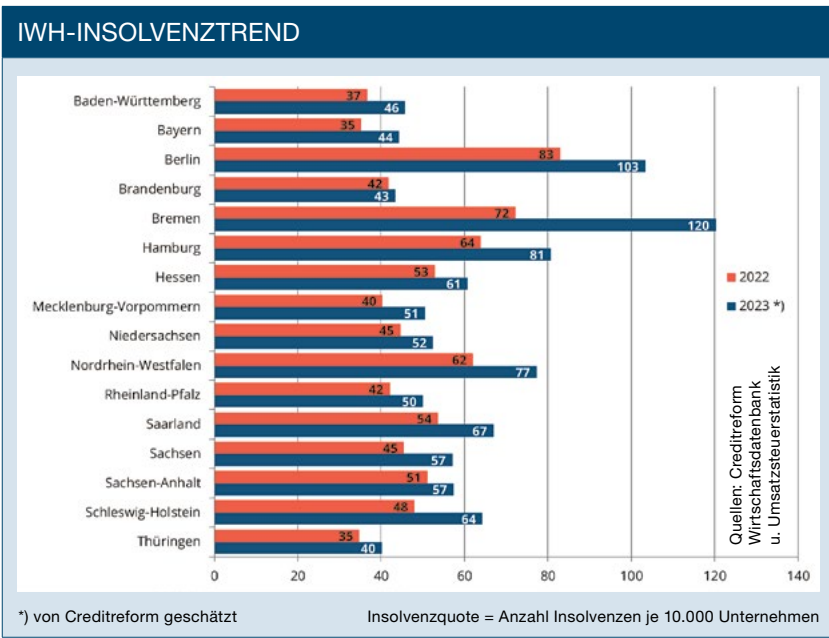
App-Screenshots: Gemeinsam sammelt man im Team Punkte (l.), so werden Spenden für grüne Projekte freigeschaltet (r.).

KLIMAKARL

KLIMAKARL

Bauernstraße 7, 28203 Bremen
Tel.: 0176 – 61 33 55 22
E-Mail: post@klimakarl.de
Website: www.klimakarl.de

**ZU ANSTIEG DER UNTERNEHMENSINSOLVENZEN IM JAHR 2023
BREMEN BESONDERS BETROFFEN**



Im Jahr 2023 haben sich der Insolvenztrend nach elf Jahren rückläufiger Zahlen gedreht. Die Untersuchungen der Creditreform Wirtschaftsforschung haben darüber hinaus ergeben, dass es einen massiven Anstieg an Insolvenzen von mittleren und großen Unternehmen gab. Bei Großunternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern lagen die Fallzahlen um 50 Prozent über dem Vorjahreswert. Bei Unternehmen mittlerer Größe mit 51 bis 250 Beschäftigten stiegen die Insolvenzen sogar um rund 76 Prozent, bei kleinen Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten um knapp 19 Prozent. Dabei weist die Insolvenzbetroffenheit deutliche regionale Unterschiede auf. Auf Ebene der Bundesländer reicht die Spanne der Insolvenzquoten (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) von 120 in Bremen bis 40 in Thüringen. Deutlich über dem Durchschnitt liegt die Insolvenzquote auch in Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Regionale Branchenstrukturen sowie auch unterschiedliche Altersstrukturen der Unternehmen dürften Creditreform zufolge für diese Unterschiede mit verantwortlich sein.

BAUBRANCHE UND GESUNDHEITSWESEN
Hohe Zinsen, steigende Baukosten und der Einbruch der Nachfrage

setzten zuletzt insbesondere der Bauwirtschaft in Deutschland stark zu. Der Insolvenzantrag der Signa Real Estate Germany und schließlich der gesamten Signa Holding von Haupteigner René Benko in Wien zeigen laut Creditreform, wie schwierig die Lage für Projektentwickler und Bauträger geworden ist. Nicht zuletzt ist dadurch die im Sommer erlangte Sicherung des

Standorts von Karstadt in Bremen wieder ins Wanken geraten. Zudem haben zahlreiche Insolvenzen in den vergangenen 12 Monaten das Gesundheitswesen erschüttert. Auch der Pflegeheimbetreiber Convivo mit Sitz in Bremen hatte Anfang 2023 für fünf Gesellschaften Insolvenzanträge gestellt. Ein Großteil der betroffenen Einrichtungen wird nun von neuen Betreibern fortgeführt.

Aus einem Bericht, den die Wirtschaftsauskunftei Creditreform am 4. Dezember vorgelegt hat, geht hervor, dass im Gesamtjahr 2023 18.100 Unternehmen Insolvenz anmelden mussten. Ein historischer Anstieg von mehr als 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Bremen wurde die höchste Insolvenzquote verzeichnet.

Befeuert wurde das Insolvenzgeschehen in Deutschland unter anderem durch hohe Kostenbelastungen und die Rezession. Dadurch stieg im Jahr 2023 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gleich zweistellig um 23,5 Prozent auf 18.100 Fälle

(2022: 14.660 Fälle). „Immer mehr Firmen brechen unter den Dauerbelastungen der hohen Energiepreise und der Zinswende zusammen“, erläutert Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. Bereits im Vor-

INSOLVENZ-VERFAHREN ERÖFFNUNGEN	
Unternehmen	Adresse
GLG Günther Lanfermann Baugesellschaft m.b.H. & Co. KG	Marterburg 1-3, 28195 Bremen
Crunchtime Fitness GmbH	Sandstücke 7, 28279 Bremen
Fairtec Kommunikationstechnik GmbH	Robert-Hooke-Straße 4, 28359 Bremen
Gesellschaft für Events Bremen mbH	Rheinstraße 10, 28199 Bremen
Delaa Möbel GmbH	Oslebshauer Heerstraße 131, 28239 Bremen
Venado Stoffstrom-Management GmbH	Hermann-Funk-Straße 8, 28309 Bremen

ENTSCHEIDUNGEN IM VERFAHREN	
Unternehmen	Adresse
Zählerwesen Lipinski UG	Stresemannstraße 46, 27570 Bremerhaven
Reiner Brach GmbH & Co. KG	Wilhelm-Karmann-Straße 5, 28237 Bremen
Sanitär-Klempnerei Hasch u. Co. KG	Haferwende 38, 28357 Bremen
zero Clothing GmbH	Konsul-Smidt-Straße 8g, 28217 Bremen
zero Holding GmbH	Konsul-Smidt-Straße 8g, 28217 Bremen
zero Logistic + Houses GmbH	Konsul-Smidt-Straße 8g, 28217 Bremen
Doradus Schifffahrts UG	Auf der Muggenburg 9, 28217 Bremen

CHANCEN, EIN INSOLVENZVERFAHREN ZU VERKÜRZEN

Anzeige

DER INSOLVENZPLAN

Ein wichtiges Mittel dafür, dass ein in Insolvenz befindliches Unternehmen es schafft, sich aus der finanziellen Schieflage zu befreien, kann ein Insolvenzplan sein. Dabei handelt es sich um ein Instrument des deutschen Insolvenzrechts, das es einem in der Krise befindlichen Unternehmen ermöglicht, sich zu sanieren und die Weiterführung des Geschäftsbetriebs zu sichern – in der Regel lässt sich das Insolvenzverfahren mit einem Insolvenzplanverfahren auch abkürzen.

Festgehalten sind die rechtlichen Grundlagen des Insolvenzplans in den Paragraphen 217 bis 269 der Insolvenzverordnung (InsO). Dabei setzt sich der Plan aus zwei Teilen zusammen, und zwar dem darstellenden Teil und dem gestaltenden Teil. Im darstellenden Teil geht es darum, den Ist-Zustand des Unternehmens für die Gläubiger darzulegen, sprich die Ursachen der Unternehmenskrise und der Insolvenz, die wirtschaftliche Lage, die geplanten Sanierungsmaßnahmen sowie die Ziele, die mit dem Sanierungsplan erreicht werden sollen, zu formulieren. Dazu ist den Gläubigern die Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens für den Fall einer Umsetzung des Insolvenzplanes aufzuzeigen, insbesondere dann, wenn die Planerfüllung in zukünftigen Wirtschaftsjahren erfolgen soll. Immerhin soll mit dem Insolvenzplan den Gläubi-

gern die Entscheidung erleichtert werden, den Sanierungsplänen des Unternehmens zuzustimmen. Im gestaltenden Teil des Insolvenzplanes wird gem. § 221 ff. InsO geregelt, inwiefern sich die Rechtsstellung der von dem Insolvenzverfahren betroffenen Gläubiger durch den Plan ändern wird. Wird der Insolvenzplan von den Gläubigern mit Mehrheit angenommen und vom Insolvenzgericht gem. § 248 InsO rechtskräftig bestätigt, sind nach § 254 Abs. 1 InsO die im gestaltenden Teil festgehaltenen Maßnahmen und Regelungen für alle beteiligten Gläubiger maßgebend – die Ansprüche der Gläubiger gegenüber dem Unternehmen reduzieren sich ausschließlich auf eine Quotenzahlung gem. dem Insolvenzplan. Bei dem Insolvenzplan handelt es sich um einen Vollstreckungstitel, aus dem die Gläubiger gem. § 257 InsO auch vollstrecken



Insolvenzexperte Klaus Klöcker, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht

können. Aus diesem Grund ist es das A und O, bei der Formulierung der Erklärungen im gestaltenden Teil des Insolvenzplans große Sorgfalt walten zu lassen. In der Praxis findet der Insolvenzplan oft im Zusammenhang mit der Insolvenz in Eigenverwaltung Anwendung.

RESTRUKTURIERUNG DURCH INSOLVENZPLAN ODER RESTRUKTURIERUNGSPLAN

Mit Inkrafttreten des Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetzes (SanInsFoG) im Januar 2021 sind einige Änderungen für den Insolvenzplan einhergegan-

gen. Im Zentrum steht bei diesem Gesetz gleichwohl der Restrukturierungsplan, der es Unternehmen ermöglichen soll, die gerichtliche Einbindung gering zu halten und sich auf der Grundlage eines Restrukturierungsplanes außerhalb der Insolvenzordnung zu sanieren. Im Unterschied zum Insolvenzplan handelt es sich bei dem Restrukturierungsplan nicht um ein Gesamtverfahren, sondern um ein teilkollektives Verfahren. Zusammengefasst bedeutet das, dass bei in einen Restrukturierungsplan nicht alle Gläubiger mit einbezogen werden müssen. Sowohl der Insolvenzplan wie auch der Re-

strukturierungsplan sind komplexe Themengebiete, deren richtige Ausführung viel Know-how erfordert. Es ist daher ratsam, sich im Vorfeld umfassend von einem Fachexperten beraten zu lassen.

KONTAKT
**AM WALL RECHTSANWÄLTE
NOTARIN
FACHANWÄLTE**
Am Wall 199, 28195 Bremen
E-Mail: kloeker@amwall.eu
Website: insolvenzberatung.de

ANLAGETIPP

vom erfahrenen Finanzprofi



GELDANLAGE: WAS BRINGT DAS JAHR 2024?

Das neue Jahr ist da – und wie gehabt bringt es die eine oder andere Neuerung mit sich. Da stellt sich sofort die Frage: Wie sieht es bei der Geldanlage aus? Nachdem die Europäische Zentralbank im vergangenen Jahr die Zinswende eingeleitet hat, lassen sich nun auch mit klassischen Einlagen wieder Zuwächse erzielen. Die Zinsanhebungen der Zentralbanken 2023 sollten ihren Höhepunkt erreicht haben und jetzt bietet sich die Chance für Anlegerinnen und Anleger, sich die guten Konditionen auch langfristig zu sichern. So bietet zum Beispiel die TARGOBANK auch für Festgeldanlagen länger als zwei Jahre attraktive Konditionen. Anlegerinnen und Anleger mit einer Vorliebe für kurzfristig verfügbare Anlagen sind auch mit einem Tagesgeld gut aufgestellt.



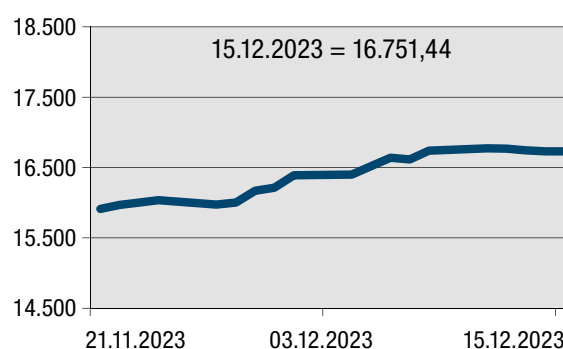
Frank Eilers, Leiter Vermögensberatung bei der Targobank in der Knochenhauerstraße in Bremen

2.000 Euro (zuvor 1.602 Euro) nur wenig Beachtung. Die erhöhten Freibeträge gelten auch 2024. Die darüber liegenden Erträge werden wie bisher pauschal mit 25 Prozent versteuert – gegebenenfalls zuzüglich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer. Sinnvoll ist es, früher erteilte Freistellungsaufträge an die neue Situation anzupassen – auch wenn man zu viel abgeführte Kapitalertragsteuer nach der Steuererklärung zurückerhält.

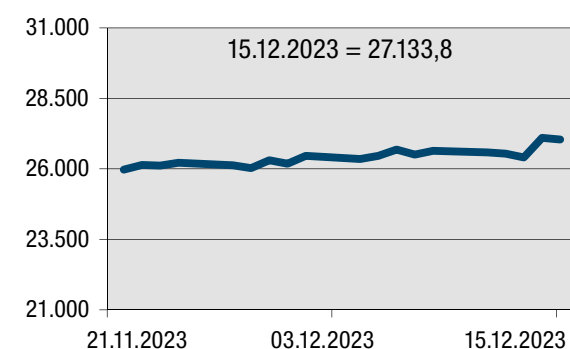


Disclaimer: Keine Anlageempfehlung, keine Beratung: Diese Information dient ausschließlich Informationszwecken und stellt weder eine individuelle Anlageempfehlung noch ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Diese Ausarbeitung allein ersetzt nicht eine individuelle anleger- und anlagegerechte Beratung.

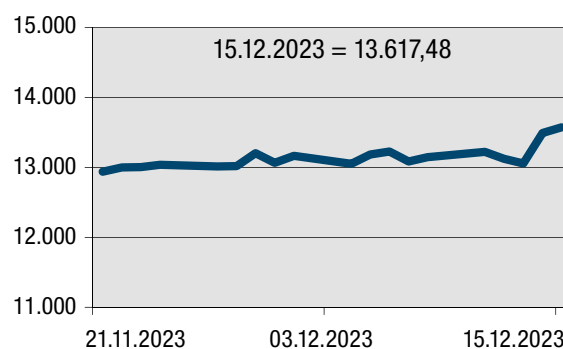
DAX PERFORMANCE-INDEX



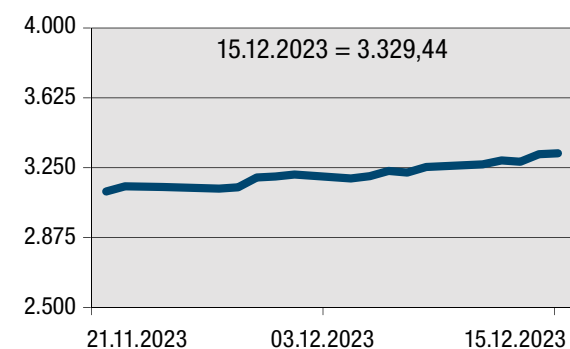
MDAX PERFORMANCE-INDEX



SDAX PERFORMANCE-INDEX



TECDAX TR



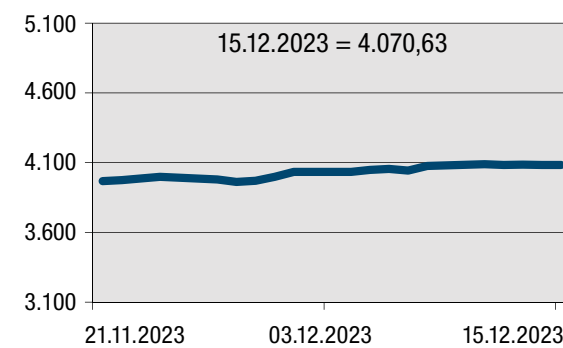
MARKTRÜCKBLICK

Dezember 2023

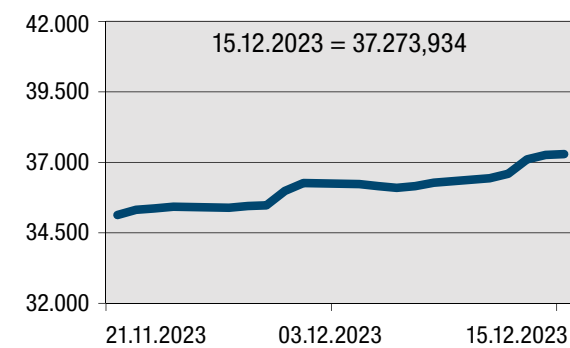
Die wichtigsten Indizes, Rohstoffe und Devisenkurse im Überblick

alle Angaben ohne Gewähr

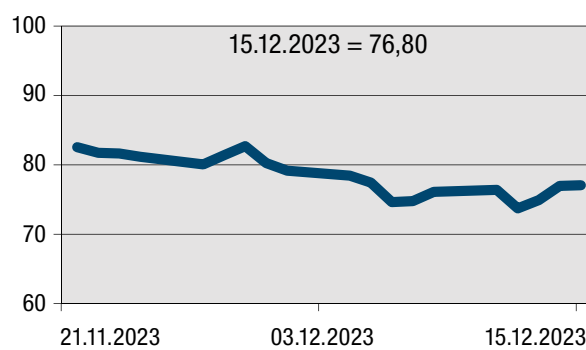
EURO STOXX 50



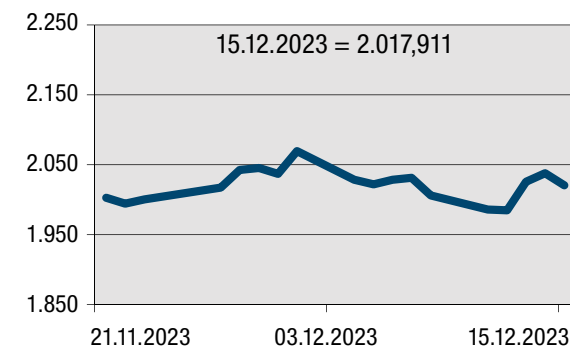
DOW-JONES INDUSTRIAL



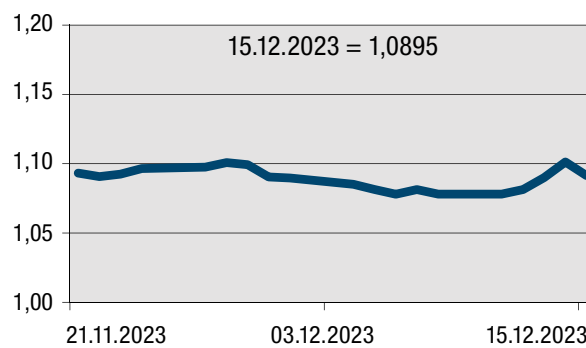
BRENT CRUDE ROHÖL IN US-DOLLAR



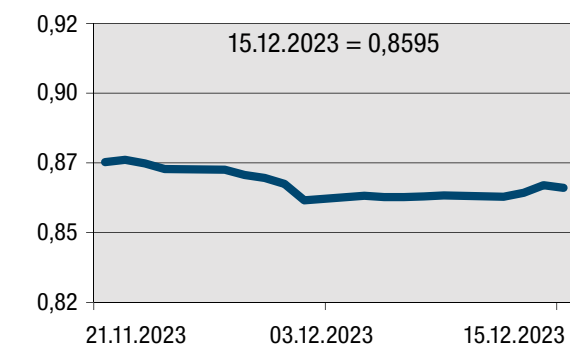
GOLD IN US-DOLLAR



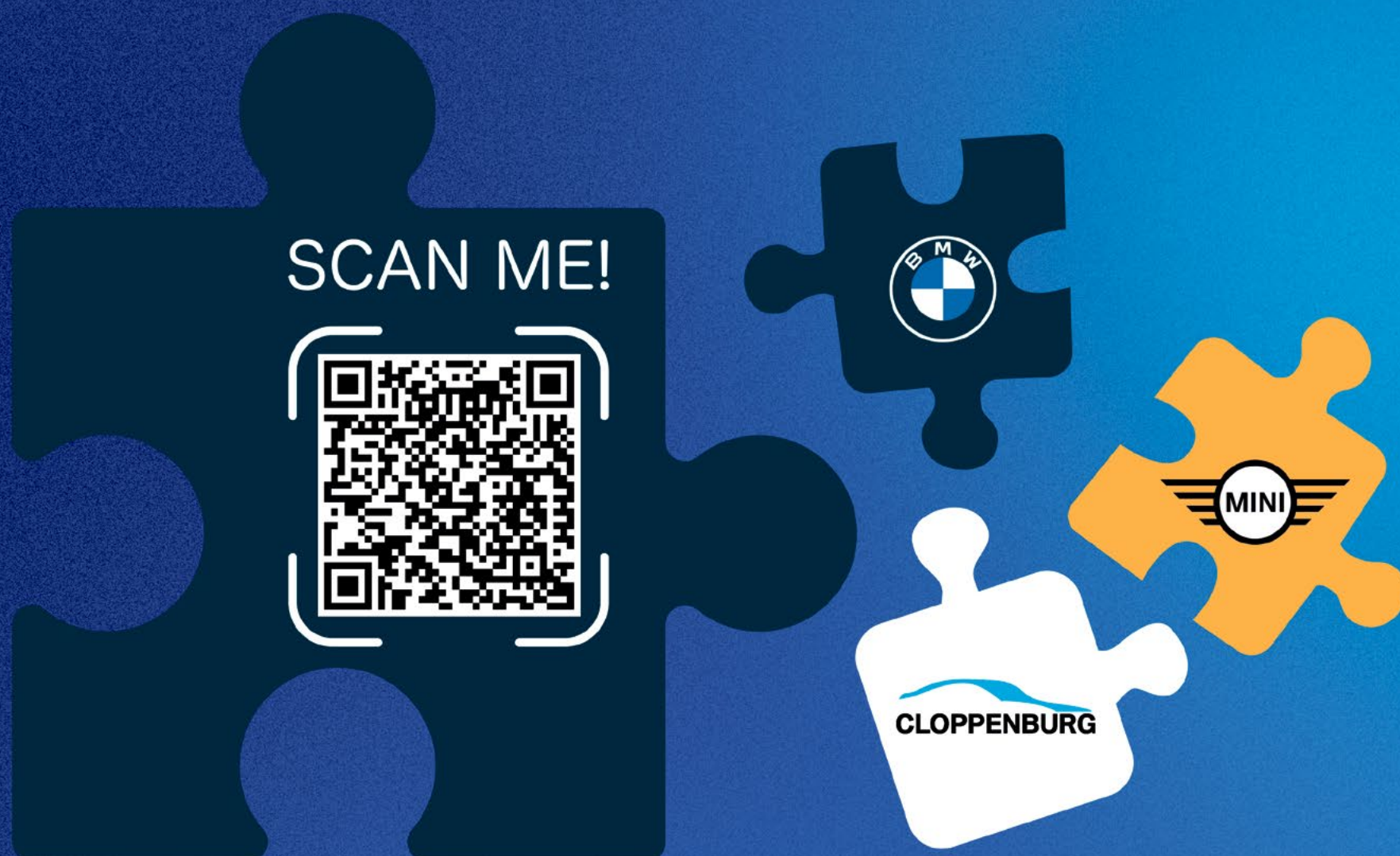
US-DOLLAR JE EURO



BRITISCHE PFUND JE EURO



**Sind Sie bereit Ihren Erfolg
voranzutreiben?
Revolutionieren Sie Ihre Karriere!**



TAKE YOUR CHANCE!

Verkäufer für Teile und Zubehör (m/w/d) Delmenhorst

Bewerben Sie sich jetzt und werden Sie
das fehlende Teil in unserem Team!

Weitere Stellenangebote gibt es unter
<https://www.cloppenburg-gruppe.de/jobs>



Firmensitz Achim:
Bremer Straße 59-63
28832 Achim
Tel.: 04202 992466 0

Filiale Delmenhorst:
Nidersachsendamm 14
27751 Delmenhorst
Tel: 04221 2849628

Filiale Syke:
Siemensstraße 9
28857 Syke
Tel.: 04242 5909681

Filiale Verden:
Industriestraße 8-10
27283 Verden
Tel: 04231 8909692


CLOPPENBURG
www.cloppenburg-gruppe.de

WIE PRESSEARBEIT UNTERNEHMEN IM KRITIKHAGEL VOR ANSEHENSVERLUST BEWAHRT

PR in Krisenzeiten



Skandale, Störungen, Schulden – Krisen aller Art setzen Unternehmen stark zu und bringen häufig nicht unerhebliche Konsequenzen mit sich. Mithilfe von Krisen-PR nehmen sich Agenturen der Verantwortung an, brenzlige Situationen zu entschärfen und den Fortbestand betroffener Unternehmen zu sichern.

KRISEN-PR IM ÜBERBLICK

Ein typisches Erscheinungsbild derartiger Ausnahmezustände gibt es nicht – jede Krise verläuft anders. Wirtschaftliche Probleme, Skandale, operative Schwierigkeiten, Managementfehler oder Produktversagen rufen sie hervor. Ebenso bringen Streiks, Cyberangriffe, Massenkündigungen, schlechte Arbeitsbedingungen oder Insolvenzen Betriebe in die Bredouille. Krisen haben viele Gesichter und Auslöser, aber eines gemeinsam: Sie entstehen plötzlich, sorgen für negative Presse und bedrohen die Existenz der jeweiligen Firma. Hat sich einmal eine negative Meinung über ein Unternehmen etabliert, hält sie sich gern hartnäckig in der Öffentlichkeit. Deshalb gilt: Bahnen sie sich an, heißt es unverzüglich agieren und sie stoppen.

Hier kommt die Krisen-PR zu Hilfe. Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit ist speziell auf missliche Firmen-Lagen zugeschnitten und dient zur Vermeidung von negativen Konsequenzen nach scheinbaren Ausweglosigkeiten wie Shitstorms, finanziellen Verlusten oder Imageschäden. PR-Experten wissen das öffentliche Narrativ zu steuern, pflegen enge Kontakte mit Journalisten und liefern ihnen Informationen zur aktuellen Lage, die wirklich den Tatsachen entsprechen. Mithilfe verständlich aufbereiteter Mitteilungen beziehen sie die Perspektive des Unternehmens mit ein und ersticken Gerüchte im Keim. PR greift nicht erst bei akuten Problemen, sondern bereitet Konzerne auf Krisen vor, erkennt bedrohliche Zustände und arbeitet unternehmenskritische Situationen auf.

FÜR ALLE FÄLLE GEWAPPNET

Statt einer verspäteten Gegenreaktion auf eine bereits entbrannte Krise treffen vorbereitete Betriebe mithilfe ihrer PR-Berater im Voraus bestimmte Vorsichts-

maßnahmen. Es rät sich, der Öffentlichkeitsarbeit in florierenden Unternehmenszeiten einen priorisierten Platz zuzusprechen, um ihre Souveränität in ernsten Lagen zu garantieren. Zu guten Zeiten Schwachstellen der Firma zu identifizieren und Worst-Case-Szenarien zu ergrübeln, klingt übervorsichtig, schützt jedoch vor bösen Überraschungen. Das Festlegen eines Krisenstabs, dem ausgewählte Unternehmensrepräsentanten sowie Social-Media- und PR-Zuständige angehören, und das Erstellen eines Krisenkommunikationsplans wappnen vor zukünftigen Szenarien. Die PR-Consultants entwickeln vorsorglich eine Dark Site, erstellen Kommunikationskanäle und bauen Social-Media-Maßnahmen auf. Tritt der Ernstfall ein, gehen diese sofort online und versorgen Interessierte mit den wesentlichen Informationen.

IM AUGEN DER KRISE

Im Fall einer Notsituation zahlt sich gute Vorbereitung aus und erlaubt



Zu guten Zeiten Schwachstellen der Firma zu identifizieren und Worst-Case-Szenarien zu ergrübeln, klingt übervorsichtig, schützt jedoch vor bösen Überraschungen.

schnelle Handlungsmöglichkeiten. Zuerst klären Unternehmensführung und PR-Sparringpartner ruhigen Bluts den Sachverhalt und bewerten die Lage. Welches Ausmaß nimmt das Problem an? Wer verschuldete die Krise? Stimmen die kritischen Behauptungen gegen das Unternehmen? Nach der Einordnung des Zustands ist rasches Handeln gefragt. Eine schnelle Erstreaktion unterstreicht Handlungsmotivation und Glaubwürdigkeit der betroffenen Firma. Die PR kümmert sich darum, strategisch das Debakel zu umschiffen. Sie legt ihren Fokus darauf, Verständnis und Aufklärungsbereitschaft zu zeigen, Fakten sachlich darzustellen, zu veröffentlichen und ein eigenes Interesse an der Aufklärung des Dilemmas zu kommunizieren. Zielgruppen und Kunden merken sich, wie ein Betrieb mit misslichen Situationen umgeht, und registrieren aufrichtiges und aktives Verhalten positiv.

Ebenso ins Gewicht fallen Ehrlichkeit und Transparenz. Vertuschen negativer Informationen scheitert meist, da Medien gut vernetzt sind und Auskünfte aus zahlreichen Quellen erhalten. Kommt eine Lüge oder verbogene Wahrheit ans Licht, spiegelt sich dies einschlägig in der Presse wider. Öffentliches Q & A, öffentliche Interviews, Statements oder Hintergrundinformationen strahlen Aufrichtigkeit aus. Krisenerprobte PR-Profis managen den Kontakt zu geeigneten Medien, sorgen für schnelles Verbreiten lückenloser

Informationen, um Gerüchte zu vermeiden, und halten sich von voreiligen Versprechen fern. Trifft die Firma keine Schuld, wie etwa bei einer Pandemie oder einem Hackerangriff, hilft das Zusammen tun mit anderen. Ein offener und klarer Umgang mit dem Krisenverlauf bleibt auch in diesem Fall unumgänglich.

Krisen-PR ist eine spezielle Form der Öffentlichkeitsarbeit, die auf missliche Firmen-Lagen zugeschnitten ist und somit zur Vermeidung von negativen Konsequenzen oder Imageschäden dient.

Öffentliche Kritik ernst zu nehmen und zu adressieren vermag ihre Verfasser zu besänftigen – das Unterdrücken von Missbilligung führt im schlimmsten Fall dazu, dass sich die Situation verschärft. Beging der Betroffene eindeutige Fehler, gibt er diese im besten Fall sofort und einsichtig zu, vorzugsweise begleitet von Lösungsvorschlägen. Um Verbrauchern eine klare und geordnete Kommunikation zu bieten, ist zudem verständliche und rationale Ansprache essenziell. Zusätzlich beugt ein flächendeckender Dialog über alle möglichen Kommunikationskanäle dem Entstehen widersprüchlicher kursierender Informationen vor. Social-Listening-Strategien in den Medien und auf sozialen Kanälen unterstützen das Krisenmanagement und verschaffen einen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Meinung.

Als nützlich erweist sich die One-Voice-Strategie. Statt alle Abteilungen durch verschiedene Sprecher mit der Öffentlichkeit kommunizieren zu lassen, beinhaltet gelungene Krisenkommunikation das Sprechen aus einem

Munde. Eine oder wenige Stimmen, die in Form von festen Sprechern die Perspektive und den aktuellen Stand des Unternehmens kundtun, vermeiden zwiespältige Aussagen und Verwirrung der Stakeholder. Diese Rolle erfüllen die Geschäftsführung sowie die Vertreter unterschiedlicher Firmenbereiche; andere Mitarbeiter des Betriebs stehen möglichst gar nicht in Kontakt mit der Presse.

Eine große Rolle für die zuständigen PR-Berater spielt Ehrlichkeit. Ob Kritik an unvorteilhaftem Verhalten oder generelle Verbesserungsvorschläge für den Umgang des Unternehmens mit der Krise: Unbedingte Offenheit bildet die Basis, um ein positives öffentliches Image in einer derartigen Situation zu erhalten oder zurückzuholen.

VERTRAUEN GEWINNEN UND LEHREN ZIEHEN

Ebbt der Sturm langsam ab, besteht die Hauptaufgabe darin, das Vertrauen der Stakeholder zu stärken. Dazu legen kompetente PR-Consultants den weiteren Prozess offen dar. Sie zeigen die Auflösung des unerfreulichen Zustands, den zukünftigen Umgang mit derartigen Problemen und, welche Lehren aus der Situation gezogen wurden. Ist die Krise vollkommen vorübergezogen, folgt eine Reflexion. Wie lief die Kommunikation? Wie sehen die Medienberichte und ihre Auswirkungen aus? Wie hätte besser oder anders gehandelt werden können und wie kann das Risiko für zukünftige ähnliche Umstände gemindert werden? PR überlässt nichts dem Zufall und deeskalisiert kritische Lagen mithilfe jahrelanger Erfahrung sowie akribischer Vor- und Nachbereitung.

MEHR INFORMATION

■ Hier schreiben je nach Thema und Schwerpunkt die PR-Experten der Borgmeier Media Gruppe. Auf die Standorte in Delmenhorst, Hamburg und Lilienthal verteilt, betreuen sie Kunden aus unterschiedlichen Branchen, wie Medizin, Technik, Logistik & Lifestyle.

Fragen zum Thema PR und Beratungswünsche können gern an Anne Lüder unter lueder@borgmeier.de gerichtet werden.

NIEDERGELASSENE UND PSYCHOTHERAPEUTEN WARREN MASSIV

PRAXENKOLLAPS

#PraxenKollaps

befürchtet

Unter dem Hashtag #PraxenKollaps hatte die Kassenärztliche Vereinigung Bremen (KVHB) mit den Vorsitzenden der Fachgesellschaften im Land Bremen zum aufrüttelnden Aktionstag aufgerufen. Rund 700 Ärzte, Psychotherapeuten und medizinische Fachangestellte nahmen in der Geschäftsstelle der KVHB in der Schwachhauser Heerstraße am lautstarken Protest teil. Verabschiedet wurde die „Bremer Erklärung“ mit dringlicher Handlungsaufforderung an die Politik.

Am 6. Dezember 2023 reklamieren die Niedergelassenen aus Bremen und Bremerhaven mit ihren Teams zum inzwischen wiederholten Mal die politischen Missstände der „desaströsen“ Gesundheitspolitik. Dabei wandten sie sich mit dem warnenden Credo an die Politik, dass die flächendeckende ambulante Gesundheitsversorgung im hanseatischen Bundesland auf dem Spiel steht. In der Kritik stehen Aspekte wie die Unterfinanzierung der Praxen aufgrund der Budgetierung durch Politik und Krankenkassen, die überbordende Bürokratie, dysfunktionale Digitalisierung, die Ungleichbehandlung von Krankenhäusern und Praxen und diverse weitere. Mit Fakten untermauert, wurde vor einem Kippen der ambulanten Versorgung gewarnt. Dabei sei das Konstrukt der kooperierenden Niedergelassenen schlussendlich das Fundament für eine funktionierende, regional erreichbare medizinische und psychotherapeutische Versorgungsquote.

rechnet und zweitens oftmals keine Neupatienten mehr angenommen werden, woraus bereits eine ambulante Unterversorgung resultiert. Die Abschaffung der Budgetierung war bereits im Koalitionsvertrag hinterlegt; geschehen ist bislang nichts. Ebenso stiegen und steigen die Kosten, die aber nicht wie in der freien Wirtschaft an die „Kunden“ weitergegeben werden können.

PERSONALMANGEL WEGEN UNGLEICHBEHANDLUNG

Dass die Niedergelassenen seit Jahren unterhalb der jeweils aktuellen Inflationsrate bezahlt werden, wirkt sich zugleich auf die zahlbaren Arbeitsentgelte der medizinischen Fachangestellten (MFA) aus. Zweifellos würden die Hausärzte, Fachärzte und Psychotherapeuten den MFAs gerne höhere Löhne zahlen, doch der Kostenapparat in der ambulanten Medizin gibt das – weil von Krankenkassen und Politik gestrafft – in diesem Sektor nicht her.



Am Aktionstag war das Gebäude der KVHB Schauplatz des Protests.

AMBULANTE UNTERVERSORGUNG IST BEREITS REAL

Gleichwohl bemängeln die Niedergelassenen die Ungleichbehandlung von Krankenhäusern und Praxen, die auch als mangelnde Wertschätzung empfunden wird. So wurden von den Kliniken 57 Millionen Euro aus den Corona- und Energiehilfsfonds abgerufen. Bei den Praxen hingegen kam kein Cent an. Auch die von der Politik vollmundig artikulierte Ambulantisierung ist bisher nicht annähernd umgesetzt worden. Vielmehr scheint man sich darauf zu konzentrieren, in zentralen Kliniken Strukturen nach dem Drugstore-Prinzip zu schaffen, wodurch eine flächendeckende Versorgung nicht mehr gegeben wäre. Und dies ist laut Dr. Bernhard Rochell, Vorsitzender KVHB, längst Realität: „In Bremen haben wir bereits 14 und in Bremerhaven 10 unbesetzte Hausarztstühle und in Bremerhaven sind wir mit aktuell 95 Prozent Versorgungsgrad bereits unterversorgt.“

KEIN ALLEINGANG: INTERDISZIPLINÄRE ÜBEREINSTIMMUNG

Wichtig war es den Beteiligten der Protestaktion, aufzuzeigen, dass es bei den Warnungen und Kritikpunkten eine interdisziplinäre und zugleich hierarchieübergreifende Übereinstimmung gibt. Die Ärzte waren mit ihren Teams gekommen und hatten dafür extra ihre Praxen temporär geschlossen. Gleichwohl erklärten weitere Ständesvertreter ihre uneingeschränkte Unterstützung, so etwa Dr. Johannes Grundmann, Präsident der Ärztekammer Bremen,

Hannelore König, Bundesgeschäftsführerin und Präsidenten der medizinischen Fachberufe, und auch der stellvertretende Vorsitzende der zahnkassenärztlichen Vereinigung Frank Wessels. Die Präsidentin der Psychotherapeutenkammer, Amelie Thobaben, zeigte in ihrem Vortrag unmissverständlich auf, dass eine

ganzheitliche Behandlung von beispielsweise Langzeiterkrankten nur in der Kooperation von niedergelassenen Hausärzten, Fachärzten und Psychotherapeuten, wie sie gewachsen existiert, funktionieren kann. Die Politik steht nun in der Pflicht, die qualitative und flächendeckende Gesundheitsversorgung zu sichern.



Dr. Bernhard Rochell, Vorsitzender KVHB: Unterversorgung ist bereits gegeben.

ABWÄRTSTREND IST SYSTEMISCH BEDINGT

Wie sehr die Strukturen im Negativen ineinander verzahnt sind, erschließt sich bereits aus einem der Hauptkritikpunkte: dem Abrechnungsmodell der Budgetierung. Die niedergelassenen Ärzte werden mit budgetierten Pro-Kopf-Pauschalen auf niedrigstem und wirtschaftlich nicht durchhaltbarem Niveau honoriert. Allerdings wird die Anzahl der Patienten vorgegeben. In der Folge können erstens nicht alle geleisteten Tätigkeiten abge-

In der Folge entsteht eine immense Fluktuation, in der die Fachkräfte in die Kliniken und stationären Pflegeeinrichtungen abwandern, weil sie dort schlichtweg besser verdienen. Das Resultat ist eine Negativschraube für sämtliche Beteiligte. Während die MFAs letztlich in Berufsfelder gehen, die nicht ihrer eigentlichen Intention entsprechen, müssen sich die Niedergelassenen in Zeiten des Personal mangels kontinuierlich gegen die Priorisierung von Kliniken, Apotheken und Gesundheitskiosken positionieren.

DIE RUNDUM-SORGLOS-BETREUUNG FÜR IHRE EDV.

IT-LÖSUNGEN
SICHERHEIT
SERVICE
CONSULTING
WEB
MOBILITY

www.gemelo.de
040 / 35 53 06-0



JAHRESRÜCKBLICK 2023

JANUAR

Im Januar legte der damalige Finanzsenator Dietmar Strehl den vorläufigen Bremer Haushalts-Jahresabschluss vor, aus dem hervorging, dass die Freie Hansestadt einigermaßen gut durch ein weiteres Krisenjahr gekommen ist. Auch während des traditionellen Neujahrsempfangs des Senats, der nach der Pandemie erstmals wieder in seiner ursprünglichen Form stattfinden konnte, blickte man mit Zuversicht in die Zukunft. Für die 165 Jahre alte Lloyd-Werft sah die Zukunft ebenfalls mit einem Mal rosiger aus. So hat sich Unternehmer Thorsten Rönner, Eigentümer und Gesellschafter der Rönner Gruppe, dazu entschieden, die vor dem Aus stehende Werft gemeinsam mit Kurt Zech zu retten und sie zu ihren Ursprüngen als Reparaturbetrieb für Schiffe zurückzulenken. Dennoch geht es nicht ganz ohne Herausforderungen. Insbesondere das Gesundheitswesen hatte und hat stark unter gestiegenen Kosten zu leiden. Deshalb wurde im Januar das Gutachten „Krankenhausversorgung 2030 im Land Bremen“ in Auftrag gegeben. Darüber hinaus hatte die Landesregierung der Freien Hansestadt, ungeachtet der Gegenargumente aus der Wirtschaft, zum Ende des Monats die Gesetzesvorlage für die Schaffung zur umlagefinanzierten Ausbildungsunterstützungsfonds auf den Weg gebracht.

FEBRUAR

Um dem Strukturwandel der Innenstadt begegnen zu können und eine Belebung zu ermöglichen, unterzeichneten Brebau und Brepark Anfang Februar einen Letter of Intent, der beinhaltet, zu welchen Rahmenbedingungen die Brebau in Kaufvertragsverhandlungen zum Parkhaus-Mitte eintritt. Bei einem Besuch des Koordinators der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft und Tourismus, Dieter Janecek, wurde Bremen bestätigt, hervorragende Voraussetzungen zu besitzen, um von den wirtschaftlichen Chancen, die die Klimakrise in Sachen maritime Technologien eröffnet, profitieren zu können. Im gleichen Monat wurden die bremischen Häfen bereits zum sechsten Mal nach dem EcoPorts-Umweltmanagementstandard (PERS) zertifiziert. Auch an anderer Stelle drehte sich alles um den Klimaschutz. So stimmte der Senat dem Gewerbeentwicklungsprogramm (GEP) 2030 der Stadt Bremen zu, um die Weichen für die nachhaltige Entwicklung von Bremens Gewerbegebieten zu stellen. Für positive Nachrichten sorgte überdies das Airbus-Werk, dessen Standort nach längeren Verhandlungen in Bremen gesichert werden konnte. Bei der 479. Schaffermahlzeit konnte nach Corona alles wieder seinen geregelten Gang gehen.



Im Februar wurden die bremischen Häfen zum sechsten Mal nach dem EcoPorts-Umweltmanagementstandard zertifiziert.

Alte Sorgen & neue Herausforderungen

Auch wenn die Corona-Pandemie 2023 offiziell als beendet angesehen wurde, handelte es sich beim vergangenen Jahr um kein leichtes. Für wirtschaftliche Unsicherheit sorgten weiterhin sowohl die Folgen der Pandemie als auch des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Zudem hat sich der Fachkräftemangel zu einer der größten Herausforderungen der Unternehmen entwickelt. Doch gab es durchaus auch Erfolge und positive Ereignisse.



MÄRZ

Im März feierte die Werkstatt Bremen ihr 100. Jubiläum, das von der damaligen Sozialsenatorin Anja Stahmann am 2. März mit einem Senatsempfang in der Oberen Rathshaushalle gewürdigt wurde. Derweil machte der Fachkräftemangel weiter von sich reden. Deshalb kamen die Handwerkskammer Bremen und der Senat ein Jahr nach der letzten gemeinsamen Sitzung erneut zusammen, um sich auszutauschen. Im selben Monat erhielt die Stadtgemeinde Bremen zum vierten Mal den Energy-Award-Goldstatus, ein Zertifizierungsverfahren für kommunale Energieeffizienz und Klimaschutz. Zudem trägt seit jenem Monat nicht mehr nur der Flughafen den Namen Hans Koschniks. Im Stadtteil Gröpelingen wurde der Bürgermeister-Koschnik-Platz eingeweiht. Konkretere Züge nahm im März zudem die Gründung des Stadtmusikanten- und Literaturhauses in der Bremer Innenstadt durch den Abschluss eines Mietvertrags mit Investor Joh. Jacobs-Gruppe an. Gleiches gilt für den Aufbau einer Partnerschaft zwischen Bremen und Odessa. So gab der Senat hierfür Mittel in Höhe von 718.000 Euro für das Jahr 2023 frei.

APRIL



Martin Schulze von der Geschäftsstelle Umwelt Unternehmen überreicht Maïke Schaefer ein Jubiläumsposter zum 20-jährigen Bestehen der Umweltpartnerschaft.

Im April hatte das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Bremen, die KMU-Anlaufstelle für Digitalisierung, unter neuem Namen und veränderter Projektstruktur wieder eröffnet. Das Mittelstand-Digital Zentrum Bremen-Oldenburg ist seitdem in der erweiterten Nordwest-Region tätig. Unterdessen wurde für „HyBit“, eines der größten Wasserstoffprojekte in Deutschland und Europa, von swb, EWE und ArcelorMittal Bremen am swb-Kraftwerkstandort in Bremen-Mittelsbüren der erste

Grundstein gelegt. Außerdem haben sich Senat und City Initiative Bremen Werbung e. V. nach einer langen Planungs- und Abstimmungsphase darauf verständigt, mit welchen baulichen Maßnahmen die Straße Am Wall aufgewertet werden soll. Geplant sind unter anderem eine Premiumfahrradroute und eine Flaniermeile mit Gastroflächen. Grund zum Feiern lieferte das 20-jährige Bestehen der Partnerschaft Umwelt Unternehmen. Startete es ursprünglich mit 20 Mitgliedsbetrieben, waren es zum Zeitpunkt des Jubiläums bereits 222.

MAI

Bremen hat gewählt: Aus den Bürgerschaftswahlen am 14. Mai gingen die Sozialdemokraten als stärkste Partei hervor. Schon da stand fest: Eine große Koalition soll es nicht geben. Eine Einigung zur Koalitionsbildung wurde allerdings erst Ende des darauffolgenden Monats erzielt. Abseits der Wahlen tagten die norddeutschen Länder in Bremen und stellten dort die Forderung nach einem Industriestrompreis. Und wieder gab es einen Geburtstag zu feiern – diesmal jedoch mit etwas Verspätung: Seit mehr als

JUNI

Lange Zeit wurde um den Erhalt des Traditionshauses Karstadt in der Bremer Innenstadt gebangt. Nach intensiven Verhandlungen konnte der Weiterbetrieb im Juni gesichert werden. Durch die Insolvenz der Signa Holding GmbH geriet diese Standortsicherung zum Jahresende hin wieder ins Straucheln. Damit in Bremen weiterhin wirksam gegründet werden kann, verlängerten das Social Impact Lab Bremen und Unternehmensberater Starthaus Bremen & Bremerhaven ihre Zusammenarbeit und entschlossen sich dazu, das Programm „Social Entrepreneur by Starthaus“ fortzuführen. Um Kräftebündelung ging es auch bei einem Memorandum of Understanding, das Vertreter des Bremer Forschungszentrums ECOMAT und des niederländischen Royal NLR – Netherlands Aerospace Center unterzeichnet haben. Ziel war und ist es, die Expertise zu nachhaltigen Themen im Flugzeugbau zu bündeln. Schließlich war es dann Ende Juli so weit, die Gespräche zur Bildung einer neuen Regierung für Bremen abgeschlossen: Rot-grün-rot einigte sich auf die Fortsetzung der Koalition.

JULI



Die Handelskammer Bremen war eine von fünf Kammern, die im Juli Klage gegen den Ausbildungsfonds einreichte.

In der Nacht zum 6. Juli ging mit dem letzten Start der Ariane 5 eine Ära für die europäische Raumfahrt und für Bremen als Raumfahrtstandort zu Ende. Beim insgesamt 117. Ariane-Start brachte die Trägerrakete mit einer Bremer Oberstufe der ArianeGroup zwei Satelliten in ihre Umlaufbahn. Darunter befand sich auch der bei OHB in Bremen gebaute Kommunikationssatellit „Heinrich Hertz“. Nachdem lange Unmut herrschte, haben fünf Kammern, darunter auch die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, beim Staatsgerichtshof Bremen gemeinsam Klage gegen den Ausbildungsfonds eingereicht. Einen

derart konstituierten Widerstand auf Kammerebene hatte es in fünf Jahrhunderten zuvor nicht gegeben. Der finale Richterentscheid wird in diesem Jahr erwartet.

AUGUST



Unternehmerforum-Gastredner Professor Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender der Otto-Gruppe

Im August blickte die Innung Metall Bremen auf ihre bis dato 150-jährige Geschichte zurück. „Diese Innung steht nicht nur für Tradition, sondern ebenso für Innovationskraft, Fachkompetenz und einen unermüdlichen Einsatz für die Gemeinschaft“, gratulierte Bürgermeister Bovenschulte. Ebenfalls ein Jubiläum zu feiern hatten die etwa 50 Mitgliedsunternehmen der „Interessengemeinschaft stadtbremische Häfen“. Den Verband gibt es seit nunmehr 20 Jahren. Ebenfalls schon lange Bestand hat der Columbusbahnhof in Bremerhaven.

Ging man lange Zeit davon aus, dass hier nur noch die Abrissbirne infrage kommt, legte das Architekturbüro gmp International GmbH im Rahmen einer Ausschreibung eine Idee vor und erhielt den Zuschlag. Demnach soll der Bahnhof neu belebt und anschließend möglicherweise als Kreuzfahrtterminal genutzt werden. Überdies nutzten die Unternehmensverbände im Land Bremen den Sommermonat um ihr 35. Bremer Unternehmerforum zu veranstalten. Als Gastredner kam aus diesem Anlass Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender der Otto-Gruppe, in die Freie Hansestadt.

SEPTEMBER

Beim Wirtschaftsempfang der Handelskammer Bremen am 11. September im Bremerhavener Fischbahnhof standen insbesondere die Themen Innenstadtgestaltung Bremerhaven sowie Potenziale und Risiken von künstlicher Intelligenz auf der Agenda. Reger Betrieb herrschte zudem beim 56. Kapitänstag im Bremer Rathaus, der nach drei Jahren coronabedingter Pause endlich wieder in Präsenz stattfinden konnte. 300 Kapitäne, Vertreter der maritimen Wirtschaft und Politiker folgten der Einladung und kamen in der Oberen Rathauhalle zusammen. Auch auf der Organic Cities Conference tauschte man sich rege aus. Im Fokus der Bemühungen stand zu erschließen, wie Angebot und Nachfrage bei Bio derart in Einklang gebracht werden können, dass eine Umstellung für Landwirte auf Bioprodukte lohnenswert ist.

OKTOBER



Dr. Phanthian Zuesongdham hielt auf dem i2B-Meet-up einen Impulsvortrag zum Thema Smart Ports.

Am 7. Oktober befeuert die radikalislamische Terrorgruppe Hamas vom Gazastreifen aus Israel mit Raketen. Der Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästinensern erreichte dadurch eine neue Eskalationsstufe, die auch in Bremen hohe Wellen schlug. Für einen Dämpfer sorgte im gleichen Monat auch der Konjunkturbericht der Handelskammer Bremen über die wirtschaftliche Lage in der freien Hansestadt im Herbst. Demnach haben sich die nicht unbedingt rosigen Erwartungen bestätigt. Das Geschäftsklima in der stadtbremischen Wirtschaft hat sich im Vergleich zum zweiten Quartal verschlechtert. Angesichts der wachsenden nationalen und internationalen Widrigkeiten forderte Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger für die Unternehmen die Notwendigkeit zu mehr Handlungs- und

Gestaltungsspielraum. Unterdessen lud das Ideen- und Innovationswerk i2B zum Meet-up ein, um über die Chancen der Bremischen Häfen, die digitale Transformation und Smart Ports zu diskutieren.

NOVEMBER

Fünf Tage lang dauerte der 18. Gewerkschaftstag der NGG – Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, der 2023 in Bremen abgehalten wurde. Zum feierlichen Auftakt am 13. November hielt auch Bundeskanzler Olaf Scholz eine Rede. Er nutzte die Gunst der Stunde, um den Wert von Tariflöhnen zu unterstreichen: „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Tarifbindung in diesem Land eine größere Bedeutung bekommt als heute.“ Das Who’s who der europäischen Luft- und Raumfahrtbranche versammelte sich derweil zum größten B2B-Event der Luft- und Raumfahrtbranche, der Space Tech Expo, in der Messe Bremen. Präsentiert wurden auf der Fachmesse zukunftsweisende Technologien, ebenso gab es Diskussionsforen und Networkmöglichkeiten. Der aktuelle Trend: Satelliten boomen als gigantisches Geschäftsfeld.

DEZEMBER

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Urteil verkündet hatte, dass aufgrund von Krisen und Notfallsituationen aufgenommene Kredite im selben Jahr ausgegeben werden müssen, das Urteil auch

auf Bremen Auswirkungen hat, beschloss der Bremer Senat seinen Entwurf des Nachtragshaushaltes zu überarbeiten. Im Zuge dessen wurde der Bremen-Fonds, der noch Restbeträge aus Corona-Zeiten enthielt, aufgelöst. Unter dem Hashtag #PraxenKollaps hatte die Kasenärztliche Vereinigung Bremen (KVHB) mit den Vorsitzenden der Fachgesellschaften im Land Bremen zum aufrüttelnden Aktionstag aufgerufen. Zum Abschluss wurde die „Bremer Erklärung“ mit dringlicher Handlungsaufforderung an die Politik verabschiedet. Positive Nachrichten gab es hingegen aus der Bremer Hochschullandschaft. So belegt das Land Bremen den Spitzenplatz beim Zuwachs an Studierenden. Bremen ist demzufolge nicht nur für viele wirtschaftliche Zweige sondern auch für Studierenden ein attraktiver Standort.



Erneut liegt ein Jahr voller Herausforderungen hinter Bremen. Doch konnte die Freie Hansestadt auch einige Erfolge verzeichnen.

 **HB-POLSTEREREI**

Moral Najar Handels GmbH

Neujahrsangebot

35 % Rabatt
auf alle Garnituren
30 % Rabatt
auf alle Möbelstoffe
und echtes Leder
Gültig bis zum 13.01.2024.



AUFARBEITEN STATT WEGWERFEN!

Sie sind auf der Suche nach einer Polsterei mit breit gefächertem Leistungsangebot und einem Top-Preis-Leistungsverhältnis? Dann sind Sie bei uns genau richtig!

ÜBER 23 JAHRE ERFAHRUNG

Werkstatt direkt vor Ort im Ladengeschäft! 5 Jahre Garantie auf unsere Arbeit, Stoffe und Leder! Neubezug und Reparatur von Polstermöbeln aller Art z. B. Sessel, Couch, Eckbank, Stuhl, Bett, Antikmöbel, Wohnmobile, Sonderanfertigungen u. v. m.

KOSTENLOSE BERATUNG UND HOL- & BRINGSERVICE VON BIS ZU 150 km ENTFERNUNG

Wir besuchen Sie unter Einhaltung aller Hygienemaßnahmen!

Mitglied der Handwerkskammer Braunschweig Lüneburg Stade



Arbeitsproben unter

Dreyer Str. 1 · 28277 Bremen-Kattensesch (Verkauf und Werkstatt)
E-Mail: hbpolsterei@gmail.com

www.hb-polsterei-gmbh.de

Öffnungszeiten: Montag – Samstag 8 – 18 Uhr

Telefonische Terminvereinbarung unter **0421 / 499 544 29**

MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG: BLEIBEN DIE RESTAURANTS LEER?

GASTRONOMEN

besorgt bis empört



Die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie ist seit dem 1. Januar 2024 wieder vom auf 7 Prozent reduzierten Satz auf reguläre 19 Prozent angehoben. Während die Gastronomen das als Desaster reklamieren, bezeichnet die Bundespolitik die Anhebung als Rückkehr zur gesetzeskonformen Normalität. Bereits vor der Entscheidung war jeder sechste Gastronomiebetrieb in Bremen insolvenzbedroht. Angesichts steigender Kosten wird nunmehr ein Ausbleiben der Gäste befürchtet.

Mitte November hatte das Bundesverfassungsgericht den Klimafonds mit der Begründung gekippt, die nicht verbrauchten Volumina aus den pandemiebedingten Unterstützungen zweckentfremdet in den Etat des Klimafonds zu überführen sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Satte 65 Milliarden verplante Euro flogen der Ampelkoalition auf Bundesebene förmlich um die Ohren. Obschon der daraufhin zu korrigierende Bundeshaushalt noch nicht ansatzweise in neuer Version ausgearbeitet war, folgte als eine der ersten Reaktionen die Entscheidung, die Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie ab Januar 2024 nicht weiter fortzusetzen. Tatsächlich verfügte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) erst anschließend einen Haushaltstopp.



Bürgermeister Andreas Bovenschulte vor der NGG-Bundestagung

BUNDESFINANZMINISTER IST EINGEKNICKT

Dabei hatte er sich selbst zuvor für eine Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung eingesetzt und zugleich die komplex zweigleisige Regelung als kurios bezeichnet. Unverständnis zeigte er beispielsweise dafür, dass eine Abholpizza 7 Prozent, eine im Restaurant verzehrte Pizza demgegenüber 19 Prozent Mehrwertsteuer unterliegt. Durchaus parteipolitisch angehaucht betonte Lindner, dass die frühere CDU/CSU-geführte Bundesregierung den Mehrwertsteuersatz aufgrund der pandemiebedingten Lockdowns temporär ermäßigt hatte und er in verantwortlicher Posi-

tion die Fortführung der befristeten Senkung im Kontext der Energiekrise veranlasst habe. Unter der früheren Regierung, so Lindner, wäre die Steuersenkung ausgelaufen. Der damalige Finanzminister hieß übrigens Olaf Scholz. Lindners Worte blieben allerdings in dieser Haushaltsrunde gehaltlos.

DEHOGA PROGNOSTIZIERT FATALE FOLGEN

Die Dehoga hatte den Slogan „Wir brauchen die 7 Prozent, sonst bleiben die Tische leer“ publiziert. Dass dem nun nicht entsprochen wird, kommentierte Detlef Pauls, Präsident der Dehoga Bremen, mit deutlichen Worten. Seiner Meinung nach werde die Abkehr vom reduzierten Steuersatz fatale Folgen haben. „Ich empfinde es als Skandal, wie die Politik mit uns umgeht. Es sind rund 1,2 Millionen Menschen, die in der Gastronomie arbeiten. Und dass wir jetzt so behandelt werden, ist eine Frechheit mit absehbar rund 12.000 Konkursen.“ Und das, so Pauls, sei eher die Minimumzahl, zumal die Preise zusätzlich zu den normalen Erhöhungen nun nochmals um mindestens 12 Prozent steigen müssten. „Also, es wird in der Gastronomie mindestens 15 bis 20 Prozent teurer werden.“ Fraglich bleibt, inwieweit die erhöhten Preise die Akzeptanz der Gäste finden werden. Im Gesamtkontext geht es der Branche keineswegs ausschließlich um eine Existenzsicherung. Vielmehr wird der reduzierte Mehrwertsteuer-

satz ebenso als eine Frage der Gerechtigkeit verstanden. Als nicht nachvollziehbar wird die Tatsache reklamiert, dass in fast allen europäischen Ländern die gesenkte Mehrwertsteuer auf Speisen im Restaurant gilt, Deutschland aber wieder die große Ausnahme darstellt. Ebenso unverständlich bleibt, weshalb Lebensmittel – abgesehen von den sogenannten Luxus-Lebensmitteln – mit 7 Prozent Mehrwertsteuer eingekauft, den Gästen jedoch 19 Prozent berechnet werden.

NGG FÜR VERLÄNGERUNG UM EIN JAHR

Das Mehrwertsteuer-Thema ist keinesfalls das einzige Problem, mit dem die Gastronomen zu kämpfen haben, sondern eher die Spitze des Eisbergs. Weiterhin fehlen der Branche Tausende Arbeitskräfte, wobei die größte Lücke bei den Köchen besteht, so die Hauptgeschäftsführerin der Dehoga Bremen. Ihrer Branchenkenntnis zufolge benennen rund 80 Prozent der Bremer Betriebe den Personalmangel „als eine der großen Herausforderungen.“ Etliche Mitarbeiter seien in andere Branchen abgewandert. Konträr zur Dehoga hatte sich die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) beim 18. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Bremen dahingehend geäußert, eine dauerhaft niedrige Gastro-Mehrwertsteuer nicht für sinnvoll zu halten, und die Verlängerung der Regelung für lediglich ein weiteres Jahr eingefordert. Angeführt wurde, dass die stark gestiegenen Preise für Lebensmittel und Energie die Kosten in der Gastronomie stark haben steigen lassen. Die Rückführung auf den normalen Steuersatz müssten die Restaurants an die Gäste weitergeben, was spürbare Konsequenzen im Nachfrageverhalten haben werde. Während der Pandemie waren die Betriebe deutschlandweit mit vielen Steuermilliarden gerettet worden. Die Zeit, Rücklagen für eine weitere Krise zu bilden, sei viel zu kurz.



Italienisches Restaurant Il Grano seit über 35 Jahren in Bremen-Habenhausen

ARBEITSPLATZATTRAKTIVITÄT STEIGERN DURCH TARIFBINDUNG

Guido Zeitler, Vorsitzender der NGG, kritisierte insbesondere den zu geringen Mindestlohn, der laut einer vom Pestel-Institut durchgeführten Studie bei 16,50 Euro liegen müsste, um zu einer Brutto-Rente zu führen, die sich von Bürgergeld plus Unterkunft abhebt. Dass die geburtenstarken Jahrgänge bald aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, kann laut der Erhebung durch die Zahl der heute 18- bis 23-Jährigen nicht kompensiert werden. Die stellvertretende NGG-Vorsitzende Claudia Tiedge schlug zugleich Lohn- und Arbeitskräftealarm. „Wer künftig ohne Tarif arbeiten lässt, verliert über kurz oder lang seine Leute.“ Im vergangenen Jahr

hatte die Bundesregierung den Mindestlohn auf zwölf Euro angehoben. Dazu der bei der Tagung ebenfalls anwesende Kanzler Olaf Scholz: „Nichts, von dem man große Sprünge machen kann, aber vorher haben die Menschen weniger verdient.“ Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte sagte in seiner Rede: „Natürlich liegt es in erster Linie in der Verantwortung der Gewerkschaften, Tarifverträge zu verhandeln und in den Betrieben durchzusetzen. Aber die Tarifbindung geht seit Jahren zurück, da kann der Staat nicht tatenlos zusehen“ Nur stellt die NGG Forderungen, die in der Höhe so von den Unternehmern nicht getragen werden können.

MEHRWERTSTEUER LEDIGLICH EIN POSTEN VON VIELEN

Realistisch betrachtet stehen die Gastronomen vor einem scherenartig geöffneten Dilemma, das sie selbst erstens nicht verantwortet haben und zweitens kaum zu lösen imstande sind. Offensichtlich heißt

es weiterhin durchhalten und gesund wirtschaften. So wie Giovanni Girolamo, Inhaber und Koch des italienischen Restaurants Il Grano in Bremen-Habenhausen, der seinen Betrieb bereits über 35 Jahre erfolgreich führt. Girolamo weist darauf hin, dass die wieder angehobene Mehrwertsteuer nur einer der preistreibenden Faktoren ist. Vielmehr müsse inzwischen ein Gesamtpaket gestemmt werden. So seien die Einstandspreise für Lebensmittel im Großhandel um 100 bis 120 Prozent gestiegen. Dazu komme die Lkw-Maut für Transporter ab einem Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen. Die werde von den Lieferanten entsprechend an die Gastrobetriebe weitergegeben. Weiter folge der turnusmäßig erneut steigende Mindestlohn. Dass die Menschen aufgrund der Inflation grundsätzlich weniger Geld in der Tasche haben, sieht er eher zwiespalten relativierend. „Die Gehälter sind nach den Streiks und Tarifverhandlungen der letzten Monate in zahlreichen Branchen gestiegen. Gefühlt ist es jedoch so,

dass die Menschen mit dem prozentual höheren Verdienst verhaltenen umgehen.“ Dass das seitens der Gastronomen erwünschte Ergebnis hinsichtlich der Beibehaltung der reduzierten Mehrwertsteuer nicht zustande gekommen ist, kriedet der Wirt des Il Grano in erster Linie der Bremer Politik an, zumal sie mit führend für das Auslaufen der ehemals coronabedingten Regelung gestimmt habe. „Bremen ist das ärmste Bundesland. Da wollen die Politiker auf die Mehrwertsteuer nicht verzichten.“

GASTRONOMIE LÄSST SICH NICHT NUR MIT ZAHLEN BEGRÜNDEN

Gewiss lassen sich Schließungen in der Gastronomie nicht allein auf fiskalische Rahmenbedingungen reduzieren; ganz im Gegenteil. Erst in der Anzahl wird die gesamtgesellschaftliche Gegenwart gespiegelt. Bezeichnend war in diesem Sinne, dass die beiden Standorte der Sushi-Bars „Happy by Henssler“ in Borgfeld und in der Überseestadt bereits nach wenigen Monaten wieder geschlossen werden. Die Lifestyle-gastronomischen Betriebe verzeichneten auch zu Stoßzeiten gähnende Leere. Nur lässt sich eben nicht de facto belegen, ob dies mit einer branchenweiten Schließungswelle zu tun hat und ob eine solche überhaupt stattfinden wird. Immerhin könnte es auch ein Anzeichen dafür sein, dass Bremen für das Henssler-Konzept schlichtweg das falsche Pflaster ist. Gastronomie ist zweifellos ein Wirtschaftsfaktor, lässt sich aber nicht immer mit nackten Zahlen begründen.



WENN WOHLFÜHLMOMENTE NICHT LEISTBAR SIND

Aber auch bei den Vermutungen geht es wieder ums liebe Geld. Zu entnehmen war das beispielsweise den Worten der Betreiberin von Achim's Beckshaus, Setareh Ghofrani, in der Bremer Innenstadt. „Ein Haushalt hat ein bestimmtes Einkommen, ist vielleicht einmal im Monat essen gegangen und hat sich gefreut. Mittlerweile haben sich auch viele daran gewöhnt, zu Hause zu kochen.“ Das sei schon schwierig genug, dagegen zu arbeiten. Und jetzt komme noch die Erhöhung. „Das heißt, wir müssen erhöhen und das bedeutet, die Gäste werden statt dieses eine Mal im Monat vielleicht alle drei Monate mal rauskommen, weil sie das Geld sparen müssen.“

ABWARTEN. WAS IN DER KALTEN JAHRESZEIT PASSIERT

Auf der Kehrseite der Medaille steht, dass eine allenfalls geringe Anzahl von Gastronomen den reduzierten Mehrwertsteuersatz durch

Familien teilen sich ihre Wohlfühlstunden im Restaurant ein.

Preissenkungen an ihre Gäste weitergegeben hatte. Die Preise für das lukullische Angebot blieben gleich oder wurden im Kontext des Kostendrucks erhöht. Die Senkung war demnach identisch mit einer temporären Subvention jener Betreiber, die die Differenz für sich behielten. Der Saldo verbleibt nun nicht mehr bei den Gastronomen. Und exakt daraus entsteht ein diametraler Balanceakt zwischen kostendeckender Kalkulation und der Auslastung der Lokale sowie Wirtschaftskraft der Gäste. Die finanzielle Drucksituation allerdings auf den Mehrwertsteuer-Aspekt zu schieben, wäre zweifellos der verkehrte Ansatz. Sicherlich erleben die Unternehmen eine schwierige Phase, die es zu überstehen gilt. Abzuwarten bleibt, inwieweit die Politik bei ihrer Entscheidung bleibt. Die kalte Jahreszeit hat begonnen. Wie die Infektionszahlen sich in diesem Jahr entwickeln, lässt sich nicht prognostizieren.



Nach kaum acht Monaten werden die zwei Henssler-Standorte wieder geschlossen.



TOMs Meisterbetrieb
Handelshof 22
28816 Stuhr-Seckenhausen

Tel.: 0421/8095650
Fax: 0421/8095651

www.toms-meisterbetrieb.de
info@toms-meisterbetrieb.de



*Kompetenz,
die begeistert.*

HYDAC INTERNATIONAL IST NEUE PARTNERIN DES ECOMAT

SYNERGIEN schaffen



Dr. Helge Heinken, HYDAC-Mitarbeiter im ECOMAT, und Moritz Steinhardt (r.), Projektleiter Clustermanagement ECOMAT, freuen sich über die künftige Zusammenarbeit.

das Thema Wasserstoff voranzutreiben“, so Andreas Börgmann, Leiter Außenbüro Hamburg/Bremen von HYDAC.

BEREICHERUNG DURCH INGENIEURSTECHNISCHE EXPERTISE

ECOMAT steht für „Center for Eco-efficient Materials & Technologies“. Am Bremer Forschungs- und Technologiezentrum arbeiten rund 500 Wissenschaftler an nachhaltigen Technologien für die Luft- und Raumfahrt und weiteren Branchen. Neben neuen Materialien, Technologien und Verfahren für die klimaneutrale Luftfahrt werden Anwendungsfelder von Wasserstofftechnologien erforscht. Zudem beschäftigen sich die Wissenschaftler mit 3D-Druck oder virtuellen Konstruktions- und Zulassungsverfahren sowie dem Leichtbau. Aktiv betrieben wird das Forschungszentrum

weltweiten Präsenz und dem breiten Portfolio unser Netzwerk und ermöglicht es uns, die Kompetenzen im Bereich Wasserstoff und darüber hinaus im Kollektiv weiter auszubauen“, so Steinhardt weiter. Neben der Anmietung von Büroräumen tritt HYDAC International zugleich der Innovationplattform ECOMAT e.V. bei. Somit gesellt sich das Unternehmen als Partner zu einer wachsenden Community hinzu, zu der bereits Airbus, die Ariane-Group, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Fraunhofer-Forschungseinrichtungen, das IWT Bremen – Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien, Business-to-Business-Dienst esploro projects, der technische Berater TESTIA, das französische Beratungsunternehmen Capgemini Engineering, ehemals Altran, und Prime Aerostructures, ein führendes österreichisches Unternehmen für die Entwicklung, Konstruktion und Analyse von Luft- und Raumfahrt und Flugzeugstruktu-

Das Bremer Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT hat mit der HYDAC International GmbH eine weitere Mieterin gewinnen können. Zukünftig soll das familiengeführte Industrieunternehmen als starke Partnerin bei der Ausgestaltung der CO₂-freien Energiewende unterstützen. Dafür will HYDAC im ECOMAT seine Kompetenzen im Bereich Wasserstoff ausbauen.

1963 im Saarland als Gesellschaft für Hydraulikzubehör gegründet und als Familienunternehmen geführt, verfügt HYDAC mittlerweile über 50 Landesgesellschaften, rund 500 Vertriebs- und Servicepartner, 14 Produktbereiche und mehr als 9.500 Mitarbeiter weltweit. Die Hauptkompetenzen liegen in den Bereichen Hydraulik, Systemtechnik und Fluid Engineering. Dabei kommen bewährte Produkte in der Kühl-, Ventil-, Sensor-, Steuerungs- und Befestigungstechnik in der gesamten Wasserstoffwertungskette zum Einsatz. Ziel des Unternehmens ist es eigenen

Aussagen zufolge, langfristig effiziente und wirtschaftliche Lösung für seine Kunden zu finden. „Gemeinsam stellen wir uns den Anforderungen des Marktes – immer unter der Prämisse, dass unsere Produkte für Sie langfristig eine attraktive Investition darstellen.“ Damit HYDAC stets bei der Entwicklung passgenauer Lösungen unterstützen kann, wird das Produktportfolio laufend weiterentwickelt. Mit einem eigenen Büro im ECOMAT will HYDAC künftig Synergien schaffen, von gemeinsamen Laboreinrichtungen, dem Technikum sowie von der Nähe zu

Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten in Bremen profitieren. Zudem geht es darum, hier die firmeneigenen Kompetenzen rund um den Bereich Wasserstoff auszubauen. „Wasserstoff beschäftigt die HYDAC schon sehr lange, aber nun hat sich endlich der

„Was die HYDAC mit dem ECOMAT verbindet, ist die Neugier, wir wollen neue Technologien entdecken, um das Thema Wasserstoff voranzutreiben.“

Markt geöffnet. Das gibt uns noch mal neue Möglichkeiten, weiter zu entwickeln und zu forschen. Was die HYDAC mit dem ECOMAT verbindet, ist die Neugier, wir wollen neue Technologien entdecken, um



Am Bremer Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT arbeiten rund 500 Wissenschaftler an nachhaltigen Technologien für die Luft- und Raumfahrt.

von der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH. Der Kontakt zwischen ECOMAT und HYDAC kam während einer gemeinsamen Delegationsreise ins Silicon Valley zum Thema Wasserstoff Ende 2022 zustande. „Das ECOMAT hat sich in der Luft- und Raumfahrtbranche überregional einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Es lebt von seiner aktiven Community“, erläutert Moritz Steinhardt, Projektleiter Clustermanagement am Forschungsinstitut. „Die HYDAC International bereichert mit ihrer ingenieurstechnischen Expertise,

ren. Gemeinsames Ziel ist es, unter Führung des Vereins neue Impulse für die Branche zu setzen, die Forschungsinfrastruktur auszubauen und Kompetenzen zu bündeln. „Wir sehen viele Anknüpfungspunkte in Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, klimaneutrales Fliegen und Leichtbau. Der Verein bietet uns im ECOMAT die Möglichkeit, strategisch und strukturiert an Forschungsvorhaben ranzugehen und neue Projekte in die Wege zu leiten“, so Christof Gränitz, Leitung Hydrogen & Advanced Solutions von HYDAC.

KOLUMNE

SCHENKUNGEN DURCH EINZAHLUNG AUF GEMEINSCHAFTSKONTEN?

Richten Ehegatten ein gemeinschaftliches Konto ein, kann es hierbei zu Schenkungen kommen, die der Schenkungssteuer unterfallen.

Die Finanzverwaltung geht bei Gemeinschaftskonten schnell davon aus, dass das Guthaben auf Gemeinschaftskonten grundsätzlich beiden Ehegatten zur Hälfte zusteht (§ 430 BGB). Zahlt nur ein Ehegatte auf das Gemeinschaftskonto ein, soll es sich um eine Schenkung in Höhe der Hälfte der Einzahlungsbeträge handeln.

Der Bundesfinanzhof hat hingegen entschieden, dass eine Zu-

wendungsfiktion gem. § 430 BGB bei intakter Ehe nicht ohne Weiteres angenommen werden kann. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund von ggf. stillschweigenden Vereinbarungen, Zweck und Handhabung des Kontos oder aus eherechtlichen Vorschriften wie z. B. § 1357 BGB „ein anderes“ im Sinne von § 430 BGB zwischen den Ehegatten bestimmt ist. Im Ergebnis trägt die Finanzverwaltung daher grundsätzlich die Beweislast, dass eine Schenkung gegeben ist.

Diese Annahme gilt für Verfügungen nach einer Trennung der Ehepartner jedoch nicht mehr.

Schriftliche Vereinbarung bei einem gemeinsamen Konto
Besonders risikoreich sind Vorgänge, bei denen das Vermögen eines einzelnen Ehegatten unter der Verwendung eines Gemeinschaftskontos oder -depots für beide Ehegatten gemeinsam aufgebaut wird. Deshalb sollte auf eine im Vorfeld der Einzahlung gefasste schriftliche Vereinbarung geachtet werden, die die Vermögenszuordnung so wie gewünscht – also Schenkung oder nicht – festhält. Auch im Nachhinein sollte ein mündlicher Wille besser noch einmal schriftlich dokumentiert werden.

Gerne helfen wir Ihnen beim Aufbau eines sicheren Kontenmodells für Ihre Familie inklusive aller notwendigen Vereinbarungen.

Kann man rückwirkend noch etwas tun, wenn Schenkungen bereits stattgefunden haben?

§ 29 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG ermöglicht es den Ehegatten, bereits zurückliegende Schenkungen unter Umständen wieder zu neutralisieren, hierbei gibt es sowohl für den Fall einer Gütertrennung als auch für Zugewinngemeinschaften praktikable Lösungen. Für individuelle Informationen sprechen Sie uns gerne an.



NW NORDWEST LEGAL

DR. NIELS WORGULLA
RECHTSANWALT UND FACHANWALT FÜR STEUERRECHT

Dr. Niels Worgulla ist Partner der Nordwest Legal GmbH Rechtsanwalts-gesellschaft und Nordwest Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Sitz in Bremen.

NACHHALTIGE PRODUKTE SOLLEN ZUR NORM WERDEN

Das Europäische Parlament und der Rat der EU haben sich vorläufig auf neue Regelungen geeinigt, um die Umweltauswirkungen von Produkten zu verbessern. Das neue Gesetz baut auf einer bestehenden Ökodesign-Richtlinie auf und ist Teil des europäischen Grünen Deals.

Ziel der Ökodesign-Verordnung ist es, nachhaltige Produkte zur Norm auf dem EU-Markt zu machen und die Umwelt- und Klimaauswirkungen insgesamt durch ein durchdachtes Design zu verringern. Im Fokus der Verordnung stehen eine längere Lebensdauer, eine effizientere Nutzung von Energie und Ressourcen, eine einfachere Reparatur und leichteres Recycling, die Verringerung der enthaltenen bedenklichen Stoffe und die Erhöhung des Anteils von recycelten Materialien. Darüber hinaus umfasst die Verordnung das Verbot, unverkaufte Textilien und Schuhezeugnisse zu vernichten.

ÖKODESIGN- Verordnung



FÖRDERUNG DER KREISLAUFWIRTSCHAFT

Mit dem Vorschlag wird der bestehende Rahmen in zweierlei Hinsicht erweitert: Erstens wird eine möglichst breite Palette von Produkten abgedeckt und zweitens werden die Anforderungen, denen die Produkte entsprechen müssen, ausgeweitet. Die Festlegung von Kriterien zu Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und eine allgemeine Verringerung des ökologischen Fußabdrucks soll zu

mehr Energie- und Ressourcenabhängigkeit und weniger Umweltverschmutzung in der EU führen. Der Binnenmarkt wird gestärkt, indem Rechtsvorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten vereinheitlicht werden, und es werden wirtschaftliche Möglichkeiten für Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen entwickelt, insbesondere in den Bereichen Wiederaufarbeitung, Wartung, Recycling und Reparatur. Der Vorschlag gibt einen Rahmen und ein Verfahren vor, durch das die Kommission in

enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten schrittweise Anforderungen für jedes Produkt oder jede Produktgruppe festlegen wird. Vorrangig sollen die Anforderungen für Produkte festgelegt werden, deren Auswirkungen besonders groß sind. Das sind beispielsweise Textilien, Möbel, Eisen und Stahl, Aluminium, Reifen, Farben und Schmierstoffe sowie Chemikalien, elektronische Geräte und energieverbrauchsrelevante Produkte. Darüber hinaus sollen künftig produktspezifische Informations-

anforderungen sicherstellen, dass die Verbraucher die Umweltauswirkungen ihrer Einkäufe kennen. Alle regulierten Produkte werden mit digitalen Produktpässen versehen. Dadurch wird es einfacher, Produkte zu reparieren oder zu recyceln und bedenkliche Stoffe entlang der Lieferkette zu verfolgen.

DER EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL

Der Grüne Deal ist ein Paket von Vorschlägen zur nachhaltigen Produktion und zur Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Vorschriften umfassen den gesamten Lebenszyklus von materiellen Gütern – von der Entwurfsphase über den täglichen Gebrauch und die Wiederverwendung bis hin zum Ende der Lebensdauer. Die Kommission hat dazu außerdem eine Strategie vorgeschlagen, um Textilien haltbarer, reparierbarer, wiederverwendbar und recycelbar zu machen, um gegen Fast Fashion, Textilabfälle und die Vernichtung unverkaufter Textilien vorzugehen. Die Herstellung von Produkten verbraucht riesige Mengen an Materialien, Energie und anderen Ressourcen. Die Hälfte der weltweiten Treibhausgase und 90 Prozent des Verlusts an biologischer Vielfalt sind auf die Gewinnung und Verarbeitung von Primärrohstoffen zurückzuführen. Zu den negativen Umweltauswirkungen gehören ein erheblicher Ressourcenverbrauch, die Erzeugung von Treibhausgasemissionen und die Umweltverschmutzung.

POLEPOSITION FÜR IHRE STELLENANGEBOTE.

Regionales Recruiting mit Karriere Bremen.

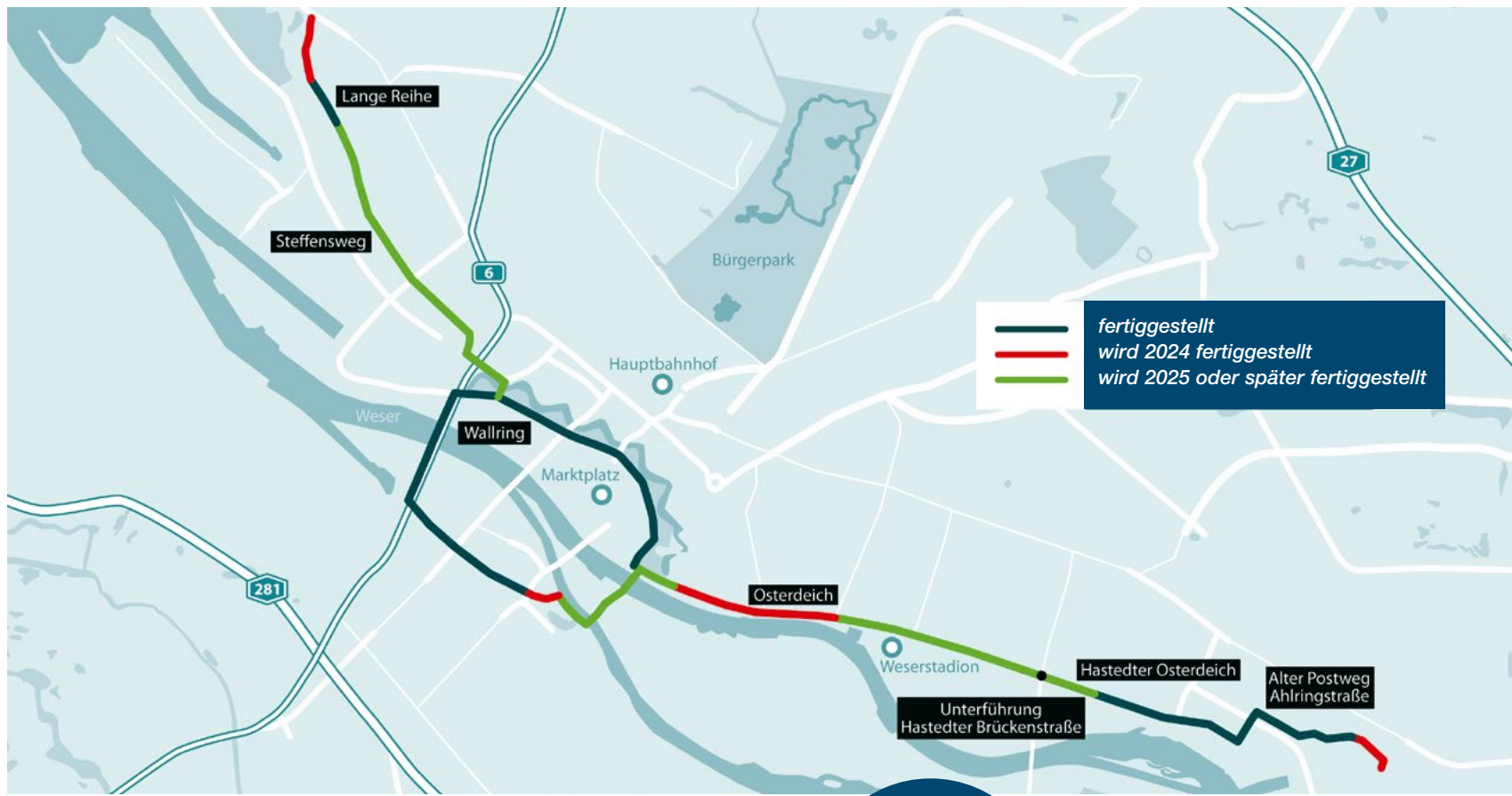
WWW.KARRIERE-BREMEN.DE

Jetzt unter
0421-33113140
kostenlos beraten
lassen!



BREMER AMT FÜR STRASSEN UND VERKEHR ZIEHT BILANZ FÜR 2023

STÄRKUNG der nachhaltigen Mobilitätsformen



Angesichts des Jahreswechsels hat das Amt für Straßen und Verkehr im Dezember eine Bilanz für 2023 gezogen. Demnach hat man sich im vergangenen Jahr dafür eingesetzt, nachhaltige Mobilitätsformen zu stärken und die Infrastruktur für Individualverkehr zu erhalten und zu erneuern. Insbesondere auf die Bereiche Querungshilfen, Beleuchtung, Radverkehr und Fahrbahnsanierungen wurde ein großer Fokus gelegt.

Zu den Aufgaben der rund 250 Mitarbeiter des Bremer Amtes für Straßen und Verkehr zählt unter anderem die Instandhaltung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur – von Straßenbeleuchtung, Lichtsignalanlagen hin zu Fahrbahnen, Nebenanlagen, Straßenbegleitgrün und Straßenmobiliar. Darüber hinaus kümmert sich das Amt um die stadtbremische Straßeninfrastruktur, ein Bereich, zu dem auch die Umsetzung von Neubau- oder Ertüchtigungsmaßnahmen gehört. 2023 wurden erneut zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, die in der

Freien Hansestadt einen Beitrag dazu leisten sollen, dass mehr Menschen auf nachhaltige Mobilität setzen. Ob Bordsteinabsenkung in der Senator-Bölken-Straße, die Einrichtung eines Blindenleitsystems in der Martinstraße und im Quintschlag oder die Einrichtung neuer Fußgängerüberwege (Thedinghauser Straße und Charlotte-Wolff-Allee) – an vielen Stellen ging es darum, die Navigation per pedes in Bremen zu erleichtern. Neben den Fußgängern wurde zudem ein großer Fokus auf den Fahrradverkehr gelegt. Laut Verkehrsentwicklungsplan soll ein Netz aus schnellen Fahrradrouten dafür sorgen, dass Bremen noch vermehrt seinem Titel „Stadt der kurzen Wege“ alle Ehre macht. Dafür wurden mehrere Projekte auf den Weg gebracht.

Da der Wallring perspektivisch eine wichtige Verteiler- und Erschließungsfunktion für den Radverkehr im Zentrum von Bremen übernehmen könnte, wurde das Projekt „Fahrradroute Wallring Bremen-City“ gestartet, das eine ringförmige Radpremiumroute entlang des historischen Wallrings auf beiden Seiten der Weser vorsieht. Die Teilschnitte zwischen Tiefer und AOK-Kreuzung wurden im vergangenen Jahr komplett fertiggestellt. Ebenso vollständig überarbeitet sind die Abschnitte der Radpremiumroute D.15 „Lange Reihe“ sowie „Alter Postweg/Ahrlingstraße“. ASV-Projektleiter Lutz Schmauder-Fasel erklärt: „Zeitgleich mit dem Abschnitt zwischen Quintschlag und An der Grenzappel haben wir die Ahrlingstraße asphaltiert. Radfahrende können sich nun durchgängig komfortabler zwischen der Föhrenstraße und Hemelinger Bahnhofstraße bewegen, zumal die Fahrbahn zuvor aus Großkopfpflaster bestanden hat.“ Als nächster Schritt im Projekt D.15 steht für 2024 die Neukonzeptionierung des Abschnitts im Hastedter Osterdeich an.



MARTINISTRASSE UND OHLENHOF-PLATZ

Immer wieder von sich reden gemacht hat der umstrittene Umbau der Martinstraße. Nichtsdestotrotz ist dieser 2023 weiter vorangeschritten. Im vergangenen Herbst wurde die erste von insgesamt zwei Stufen zur nachhaltigen Neugestaltung umgesetzt. „Ziel der Maßnahmen in Stufe 1 war die Umsetzung von Markierungsarbeiten zur Anordnung eines straßenbegleitenden Radfahrstreifens. Dafür wurden die vorhandenen Provisorien (Poller und Baken) entfernt. Im Anschluss erfolgten umfangreiche Fräs- und Markierungsarbeiten zur kompletten Finalisierung im Abschnitt zwischen Am Brill und Kreuzungsbereich Bredenstraße“, so ASV-Projektleiterin Petra Megger. Stufe 2, zu der unter anderem der barrierefreie Ausbau von sogenannten Kapthaltestellen für die Busse der BSAG-Linie 25 zählen, soll im Herbst 2024 umgesetzt werden. Um mehr Aufenthaltsqualität ging es hingegen bei der Gestaltung des Ohlenhof-Platzes. Für eine attraktivere Gestaltung wurde die Fläche vergrößert und durch Straßenmobiliar sowie Baumpflanzungen aufgewertet. Eines der Ziele ist es, Möglichkeiten für Außen-Gastronomie zu schaffen, ohne den fuß- und radläufigen Verkehr zu stören. Um einer Vermüllung des Platzes

vorzubeugen, sind zwei selbstpresende Solarabfallkörbe aufgestellt worden.

UMSTELLUNG AUF NACHHALTIGE LED

Eine durch das Sonderprogramm „Stadt & Land“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) erfolgte Förderung hat es überdies dem Amt für Straßen und Verkehr ermöglicht, die öffentliche Beleuchtung im Koppelweg zwischen Nantestraße und Drebberstraße/Hemelinger Heerstraße neu zu errichten. „Wir haben im Bereich 19 LED-Leuchten, die modernsten Anforderungen hinsichtlich Energieeffizienz genügen, auf 4,5 Meter hohen Stahl-Aufsatzmasten mit Einsatz von circa 700 Metern Leerrohr und 1.000 Metern Beleuchtungskabel verbaut“, erläutert Thomas Weirauch, Projektleiter des Amtes für Straßen und Verkehr. Alle LED-Leuchten seien mit einer autarken Nachtabsenkung von 50 Prozent in der Zeit von circa 22 bis 6 Uhr ausgestattet, um Lichtverschmutzung zu reduzieren. Die neuen Beleuchtungseinrichtungen sollen vor allem den Arbeitsweg für Pendler zum Gewerbegebiet Hansalinie verbessern, indem sie die Verkehrssicherheit erhöhen und einen etwaigen Angstrum beseitigen. Insgesamt kostet das Projekt 120.000 Euro. 90 Prozent davon werden durch das

Sonderprogramm getragen. Durch eine rund achtwöchige Umbauphase erstrahlt auch der Findorff-Tunnel in neuem Licht. Die konventionelle Tunnelbeleuchtung wurde abschnittsweise demontiert und durch insgesamt 96 LED-Leuchten für die Fahrbahn ersetzt. Hinzu kommen 58 LED für die Fuß- und Radwege und 62 LED für die blaue Anstrahlung der mittleren Tunnelkonstruktion und der Säulen. Um den unterschiedlichen Anforderungen der wechselnden Lichtverhältnisse gerecht zu werden, übernimmt eine Software automatisch die Steuerung. Da tagsüber im Tunnel mehr Licht als nachts vonnöten ist, wird die Helligkeit über vier Leuchtdichtkameras außen vor dem Tunnel und im Tunnel erfasst und die Tunnelbeleuchtung gemäß der gültigen DIN der jeweiligen Situation angepasst. Die Kosten der Umrüstung belaufen sich auf circa 600.000 Euro, wobei ein Großteil durch Mittel aus dem Klimaschutzfonds sowie aus dem Förderprogramm Fahrradinfrastruktur Stadt und Land finanziert wurde. Inzwischen sind etwa zwei Drittel der Bremer Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie umgestellt. Langfristiges Ziel ist laut Amt eine Komplettumrüstung bis spätestens 2030.

LÄRMSCHUTZ UND MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

Auch des Lärmschutzes hat sich das Amt 2023 angenommen. So wurde für Anwohner der Grönlandstraße in Bremen Nord eine Lärmschutzwand errichtet. Das unter Projektleitung des Amtes für Straßen und Verkehr realisierte Bauwerk in

FAHRBAHN-SANIERUNGEN

- Hemelinger Heerstraße, zwischen Bösestraße und Eitzestraße
- Lindenstraße, zwischen Margaretenallee und Löhstraße
- Züricher Straße, zwischen Graubündener Straße und St.-Gotthard-Straße
- Malerstraße, Kreuzungsbereich Pfalzburger Straße
- Gröpelinger Heerstraße
- Schwaneweder Straße, zwischen Hausnummer 223 und Stedinger Weg
- Arberger Heerstraße, zwischen Süntelstraße und Nauheimer Straße
- Kreuzung Mahndorfer Heerstraße – Thalenhorststraße



HANSA TRESOR

First Class Tresore
DENN SICHER IST SICHER!



Rufen Sie uns an! 0421 69 64 37-0

Wir liefern bundesweit!

- Alle Feuerschutzklassen
- Alle Sicherheitsstufen
- Alle Tresortypen
- Speziallösungen für jede Branche
- Individuelle Sonderanfertigungen
- Designtresore mit exklusiver Ausstattung (z.B. Klavierlack, Leder- Holzinterieur etc.)



Wir bieten bundesweit!

- Individuelle und fachliche Beratung vor Ort
- Maßgeschneiderte Angebote
- Leasing mit garantiertem Restkaufwert
- Vor-Ort-Service in 24 Stunden
- Lieferung und Aufstellung am Aufstellort
- Tresortransporte (z.B. bei Umzügen)



Besuchen Sie uns in der Überseestadt!



Hansa Tresor Vertriebsgesellschaft mbH

Eduard-Suling-Straße 13 • 28217 Bremen • Fon 0421 – 69 64 37-0 • Fax 0421 – 69 64 37-99
Mail kontakt@ht-bremen.de • www.hansa-tresor.com

Überzeugendes Gesamtpaket.

SKODA



Mtl. Nettoleasingrate
ab **298,- €**

Der Škoda Karoq

Ein Angebot der Škoda Leasing¹:

Škoda Karoq (Diesel) 2,0 TDI SCR² DSG 4x4 110 kW (150 PS)

Lackierung Energy-Blau, Allrad, Navigationssystem Amundsen, 2-Zonen Climatronic, 17" LM-Felgen, Digitales Cockpit Plus, beheizbares Lederlenkrad, Bluetooth Freisprecheinrichtung, Rückfahrkamera, LED-Scheinwerfer, DAB+, Parksensoren vorn und hinten, Sitzheizung vorn, Regensensor u. v. m.

Leasing-Sonderzahlung (netto)	0,00 €
Jährliche Fahrleistung	10.000 km
Vertragslaufzeit	48 Monate
48 mtl. Leasingraten ohne Aktionszugaben à	298,00 €
optional: Wartung und Verschleißreparaturen (netto) ³	41,00 €
optional: ReifenClever nach Stückzahl (netto) ⁴	32,40 €
48 mtl. Leasingraten inkl. Aktionszugabe à	371,40 €

Kraftstoffverbrauch in l/100 km, kombiniert: 5,6; Kurzstrecke: 7,3; Stadtrand: 5,4; Landstraße: 4,8; Autobahn: 5,7. CO₂-Emissionen in g/km, kombiniert: 146. (WLTP-Werte).⁵

¹ Ein Angebot der Škoda Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorn Straße 57, 38112 Braunschweig. Zzgl. Überführungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. Gültig nur für gewerbliche Einzelabnehmer. Stand 12/2023. Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

² Das Fahrzeug ist mit einem SCR-Katalysatorsystem (Selective Catalytic Reduction) ausgestattet. Das System reduziert durch Hinzugabe von Harnstofflösung (AdBlue® gemäß ISO 22241-1 / AUS 32) maßgeblich die Stickoxide (NOx) zur Erzielung der Abgasgrenzwerte der Norm EU6. Die im Zusatztank befindliche Harnstofflösung muss in regelmäßigen Abständen nachgefüllt werden.

³ Zzgl. MwSt., mtl. Dienstleistungsrate Wartung & Verschleiß-Aktion. Nur in Verbindung mit einem Geschäftsfahrzeug-Leasing der Škoda Leasing. Mit der Wartung & Verschleiß-Aktion sind alle Wartungsarbeiten laut Herstellervorschrift inklusive gesetzlicher HU/AU und sämtliche Werkstatteleistungen, resultierend aus Verschleiß durch sachgemäßen Gebrauch, abgedeckt. Nähere Informationen erhalten Sie bei uns.

⁴ Die Dienstleistung „ReifenClever Winter nach Stückzahl“ umfasst einen Satz Winterkomplettreder. Die Dienstleistung umfasst, je nach Verfügbarkeit, definierte Reifenmarken wie z.B. Semperit, Firestone, Fulda oder Bridgestone

⁵ Die angegebenen Verbrauchs- und Emissionswerte wurden nach dem gesetzlich vorgeschriebenen WLTP-Verfahren (Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure) ermittelt, das ab dem 1. September 2018 schrittweise das frühere NEFZ-Verfahren (neuer europäischer Fahrzyklus) ersetzt. Der Gesetzgeber arbeitet an einer Novellierung der Pkw-EnVKV und empfiehlt in der Zwischenzeit für Fahrzeuge, die nicht mehr auf Grundlage des NEFZ-Verfahrens homologiert werden können, die Angabe der WLTP-Werte, welche wegen der realistischeren Prüfbedingungen in vielen Fällen höher sind als die nach dem früheren NEFZ-Verfahren. Informationen zu den Unterschieden zwischen WLTP und NEFZ finden Sie unter skoda.de/wltp.

Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

Škoda Bremen
Schmidt + Koch GmbH
Stresemannstraße 1-7
28207 Bremen
T 0421 44 95-700

Autohaus Müller
Schmidt + Koch GmbH
Syker Straße 49-53
27751 Delmenhorst
T 04221 97305-0

Autohaus Wilhelmshaven-Nord
Schmidt + Koch GmbH
Preußenstraße 1
26388 Wilhelmshaven
T 04421 5701-0

Autohaus Neustadt
Schmidt + Koch GmbH
Neuenlander Straße 440
28201 Bremen
T 0421 8710-0

Schmidt + Koch GmbH
Stresemannstraße 122
27576 Bremerhaven
T 0471 594-0

Autohaus Schmidt + Koch GmbH
Donnerschweer Straße 336
26123 Oldenburg
T 0441 9311-0